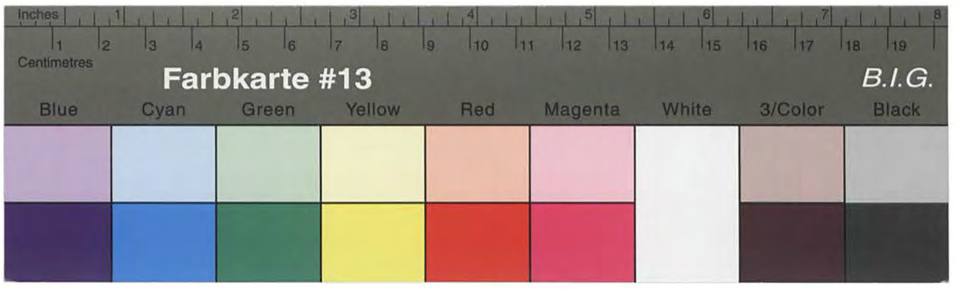


Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

1

Ernst Stapelfeld, Viehhändler, Eichede, den 27.6.46.

An die

Kreisverwaltung des Kreises
Stormarn,

B a d - O l d e s l o e.
=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=

20/6. [illegible]

Betr. Wiedergutmachung.

Ich habe vor 9 Monaten eien Antrag gestellt betr. Zulassung zum Handel mit Vieh aller Art. Man hatte mir meinen Gewerbeschein durch Naziintrigen entzogen und mich gezwungen, eine Arbeit anzunehmen. Drei Jahre war ich bei der Fa. Neuhaus und Albers als Viehaufkäufer tätig und bin ohne Grund gekündigt und entlassen worden. Einspruch dagegen läuft. Vom Viehwirtschaftsverband in Hamburg ist die Sache nunmehr soweit gediehen, dass es an das Komitee für Zulassungssachen weitergeleitet worden ist. Nunmehr schreibt mir das Komitee, dass ich mir von der zuständigen Kreisverwaltung eine Bescheinigung besorgen muss woraus der Wiedergutmachungsanspruch als anerkannt ersichtlich ist. Eine Bescheinigung, dass mir der Gewerbeschein durch Naziintrigen entzogen ist, liegt bei der Akte in Hamburg, da ich dieselbe dort abgegeben habe. (Am 4.Mai 46)
Da ich nun bereits über 9 Monate auf die Zulassung warte, bitte ich höflich wie dringend, mir einen Anerkennungsbescheid ausfertigen zu wollen.

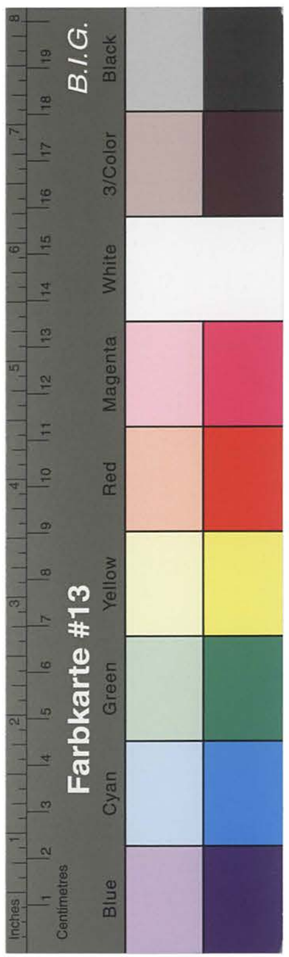
Hochachtungsvoll!

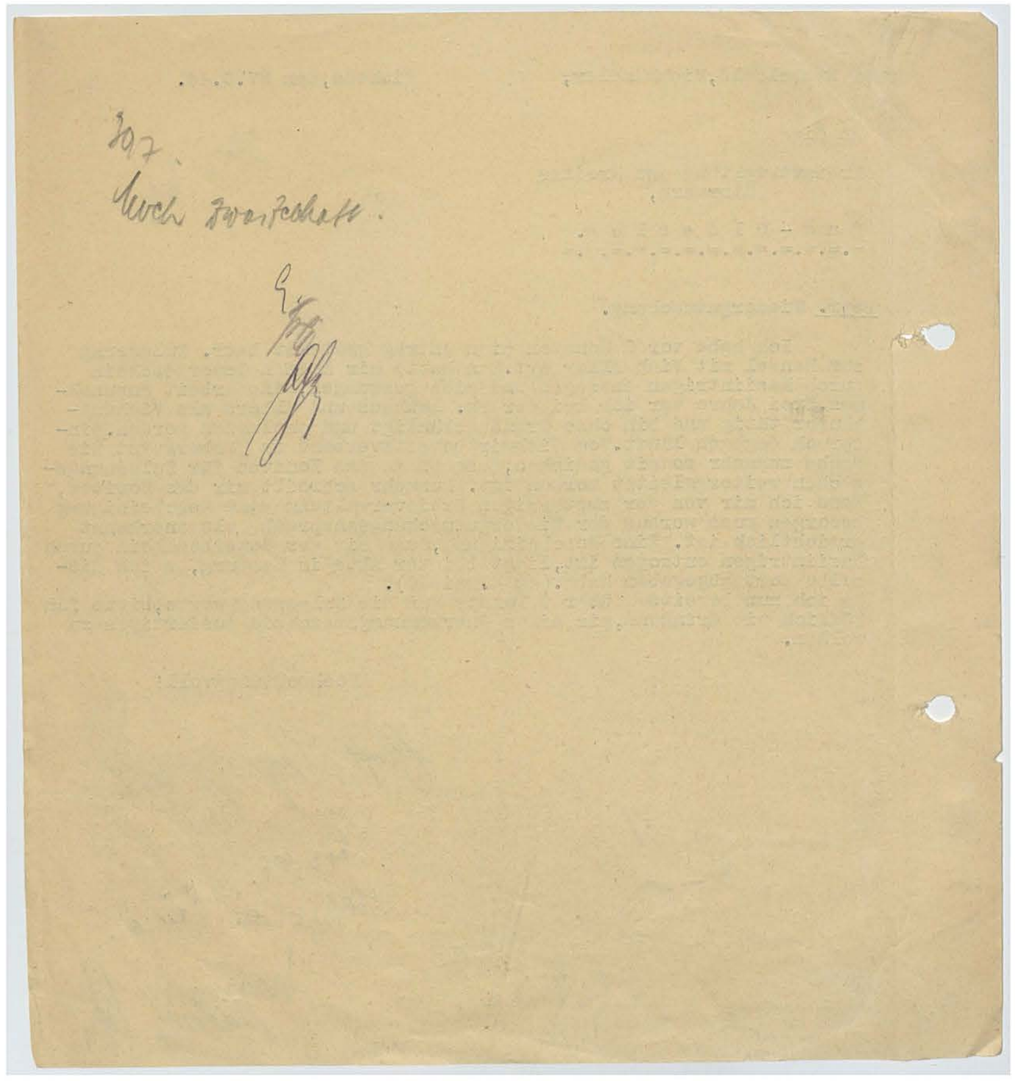
Ernst Stapelfeld

[illegible]
[illegible]
[illegible] ([illegible])
[illegible]

6.7.46.
[illegible]
[illegible]

Kreisarchiv Stormarn B2





2

P r o t o k o l l

der 91. Sitzung des Kreissonderhilfsausschusses Stormarn
am 29. Februar 1952.

Es waren anwesend:

a) Herr Siege — Vorsitzender,
b) Herr Rughase, — stellv. Beisitzer,
c) Herr von Schöning, — Beisitzer,
d) Herr Dabelstein, — Geschäftsführer.

Vorlage: Mündlich gestellter Antrag des Ernst S t a p e l - f e l d t aus Eichede auf Anerkennung als OdN.

Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss beschliesst einstimmig, den Antragsteller unter Aufhebung des Bescheides vom 11. Oktober 1946, als politisch Verfolgten anzuerkennen.

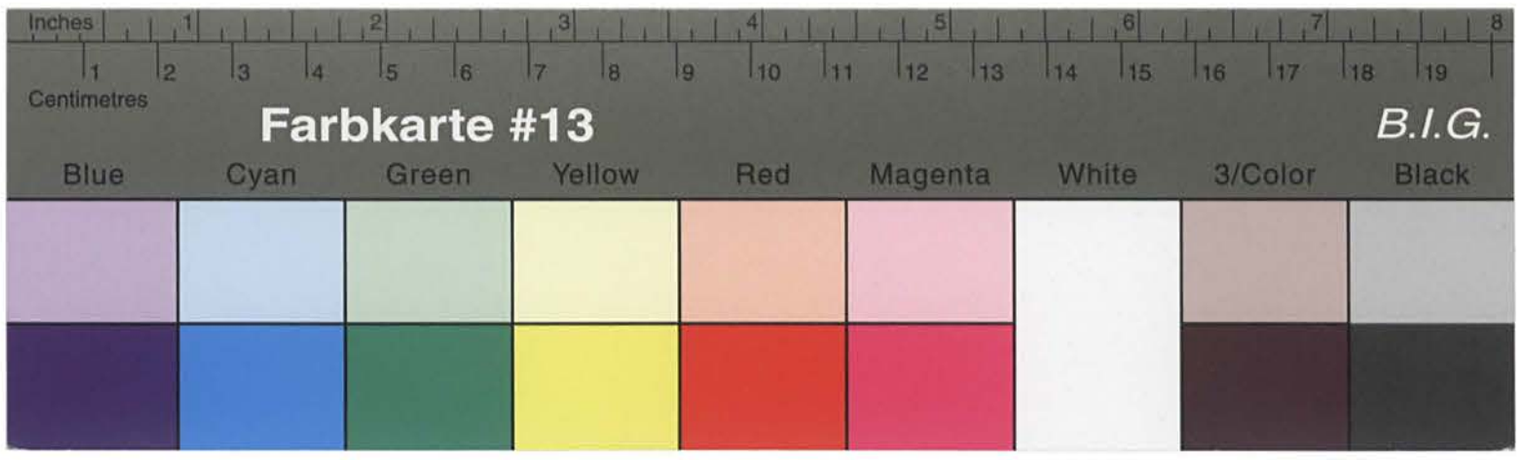
Aufgrund der heutigen persönlichen Vernehmung des Antragstellers hat der Kreissonderhilfsausschuss den Eindruck, dass der Antragsteller tatsächlich aus politischen Gründen verfolgt wurde und ihm aus diesem Grunde das Gewerbe entzogen wurde. Der Antragsteller gehörte früher nach seinen eigenen glaubwürdigen Angaben dem Stahlhelm an und trat später bei der Auflösung der NSDAP. nicht bei. Er wurde aus diesem Grunde schikaniert und hat sein Gewerbe hierdurch verloren.

Der Kreissonderhilfsausschuss sieht es daher als erwiesen an, dass die damalige Entscheidung nicht haltbar ist und der Antragsteller ist daher als ehem. politisch Verfolgter anzuerkennen.

Siege
Vorsitzender.

Rughase
stellv. Beisitzer.

Schöning
Beisitzer.



Kreisarchiv Stormarn B2

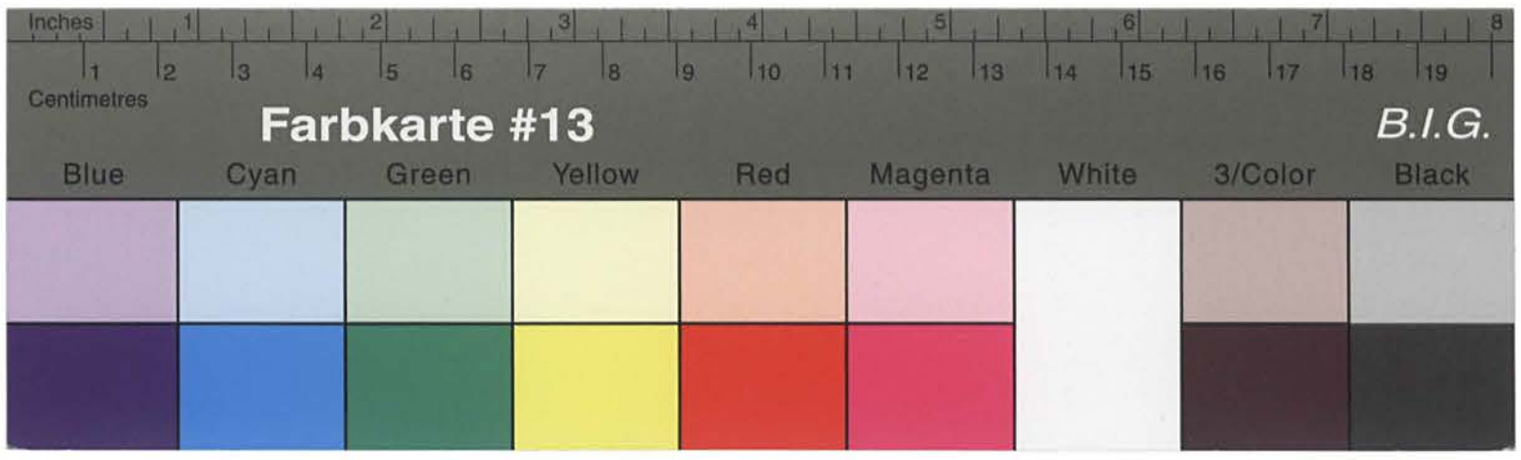
Der Ausschuss der Kreisfachschaft. Peine, den 8. Juli 1946.

An die
Wiedergutmachungsstelle
bei der Kreisverwaltung
des Kreises Stormarn
z.Hd. d.Herrn R u n g e
Bad O l d e s l o e.

Betr. Stellungnahme Ernst Stapelfeldt
zur Wiedereretellung des Gewerbes .

Im Jahre 1938 wurde St. das Gewerbe entzogen. Ob die Entziehung gerechtfertigt war, müssen wir bezweifeln. Denn im Jahre 1938 herrschte die Maul- und Klauenseuche sehr stark; infolgedessen war es wohl nicht möglich höheren Jahresumsatz zu erzielen. Dadurch war wenig Handelsmöglichkeit, somit war Stapelfeldt gezwungen, 4-5 Monate zur Arbeit zu gehen. Politisch hat Stapelfeldt sich nie betätigt und in unseren Kreisen galt er als fleissiger, tüchtiger Geschäftsmann.

Kreisfachschaftsleiter



Kreisarchiv Stormarn B2

5

Kreisbauernschaft
Peine

[redacted]

Peine, den 25. 7. 1946.
[redacted] Kantstraße 30
Fernsprecher: Sammel-Nummer: 26 51
Bankkonto: Genossenschaftsbank Peine

Akt.-Z. ....
Im Schriftverkehr stets angeben

Zum Schreiben vom

Akt.-Z.

Landratsamt
Bad Oldesloe
30 JUL 1946
Tgb. Nr.

An die
Kreisverwaltung Stormarn,
Kreiswohlfahrtsamt,
Amtl. Stelle für politische Wiedergutmachung,
Bad Oldesloe .

1/8 Ri

Auf Ihre Anfrage vom 11. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß dem Stapelfeld die Genehmigung zum Viehhandel mit Schreiben vom 6.2.1939 vom Viehwirtschaftsverband nicht aus politischen Gründen, sondern wegen Unzuverlässigkeit entzogen wurde . Stapelfeld hat bis 1939 den Viehhandel im Kreise Peine ausgeübt . Wie bei uns aus der vorliegenden Akte ersichtlich ist, hat der damalige Kreisbauernführer auf Grund der vielen Differenzen mit Bauern und Landwirten die Entziehung der Handelserlaubnis beim Viehwirtschaftsverband beantragt .

(Bender)
Landw.-Rat

P/1163

Bad Oldesloe, den, 11. Juli 1946

Abschriftlich

2.) der Kreisverwaltung,
Kreisbauernschaft
P e i n e

mit dem gleichen Ersuchen und der Bitte um Mitteilung.

Eine Abschrift des Schreibens der Viehwirtschaftsstelle Niedersachsen vom 6. 2. 1939 ist beigefügt.

3.) Wv. nach 3 Wochen

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13 B.I.G. Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black Centimetres Inches

~~kxkxkxexhxxxixfxt~~

Kreisverwaltung Stormarn
— Kreiswohlfahrtsamt —
Amtl. Stelle für politische
Wiedergutmachung
– 4/406/Hi.

Bad Oldesloe, den 3. August 1946
Königstr. 32

2.) An das
Komitee für Zulassungssachen

<u>(24) H a m b u r g</u>

Dammtorwall 41
Zimmer 108

<u>Betr.:</u> Viehhändler Ernst Stapelfeldt, Eichede, Kreis Stormarn.

<u>Bezug:</u> Dortiges Schreiben vom 21. 6. 1946, Aktenz. A. 27/2550- an Herrn Stapelfeldt, Eichede.

Herr Stapelfeldt hat hier die Ausstellung des geforderten Anerkenntnisbescheides beantragt. Der Kreis- Sonderhilfsausschuss Stormarn hat in seiner 12. Sitzung vom 30. 7. 1946 entschieden, eine politische Schädigung bei Herrn Stapelfeldt als zweifelhaf anzusehen (auf Grund eingegangener Mitteilungen). In der Anlage hierzu ~~eine~~ B Abschrift einer Auskunft.

3.) Vg.

Im Auftrage:

Kreisbauernschaft Peine
Kantstraße 30

An die

Kreisverwaltung Stormarn,
Kreiswohlfahrtsamt,
Amtl. Stelle für politische Wiedergut-
machung,

Bad Oldesloe

PEINE 26.7.46 17-18

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisverwaltung Stormarn
— Kreiswohlfahrtsamt —
Amtl. Stelle für politische
Wiedergutmachung
— 4/406 — /Hi.

Bad Oldesloe, den 3. August 1946
Königstr. 32

1.) Herrn
Ernst Stapelfeldt

(24) E i c h e d e
Kreis Stormarn

Auf Ihren Antrag vom 27. 6. 1946 teile ich Ihnen mit, dass gemäss Beschluss des Kreis- Sonderhilfsausschusses Stormarn in der 12. Sitzung am 30. 7. 1946 eine politische Schädigung bei Ihnen auf Grund eingegangener Mitteilungen als zweifelhaft anzusehen ist.

Ich bedaure somit, Ihnen ~~eine~~ den beantragte Bescheinigung bzw. den geforderten Anerkennungsbescheid auszufertigen.

/ In der Anlage sämtliche eingereichten Unterlagen zurück.

Im Auftrage:

// [signature] //

Wohlfahrtsamt
Kreises Stormarn.
-=:=-
Nr. W. A. ....

Wandsbek, den ...2. Juni 1923.....
Schillerstr. 2a.

Auf den durch den Gemeindevorsteher in ..[illegible].... eingereichten Antrag vom 7. 6. 1923 wird Ihnen die Erlaubnis zur Entnahme folgender Bekleidungs- pp. Stücke aus der Kreisbekleidungsstelle auf eigene Kosten erteilt.

[illegible handwritten entries]

Die Kreisbekleidungsstelle, Goethestr. 1b, ist Montags, Mittwochs und Sonnabends von 9 - 1 Uhr geöffnet.

[stamp] 27.6.23 I.A. [signature]

An ..[illegible]..
in ..[illegible]..

durch den Herrn Gemeinde- Guts- Vorsteher, selbst.

Kreisarchiv Stormarn B2

80

A b s c h r i f t

Kreisbauernschaft
p e i n e

Peine, den 25. 7. 1946.
Kantstr. 30
Fernsprecher:
Sammel-Nummer 26 51.

An die
Kreisverwaltung Stormarn,
Kreiswohlfahrtsamt,
Amtl. Stelle für politische Wiedergutmachung

Bad Oldesloe

Auf Ihre Anfrage vom 11. ds. Mts. teilen wir Ihnen mit, dass dem Stapelfeldt die Genehmigung zum Viehhandel mit Schreiben vom 6. 2. 1939 vom Viehwirtschaftsverband nicht aus politischen Gründen, sondern wegen Unzuverlässigkeit entzogen wurde. Stapelfeldt hat bis 1939 den Viehhandel im Kreise Peine ausgeübt. Wie bei uns aus der vorliegenden Akte ersichtlich ist, hat der damalige Kreisbauernführer auf Grund der vielen Differenzen mit Bauern und Landwirten die Entziehung der Handelserlaubnis beim Viehwirtschaftsverband beantragt.

gez. Bender
Landw.- Rat

Kriegsb. u. Hinterbl. Fürs.

27.März 1930.

H.M.98.

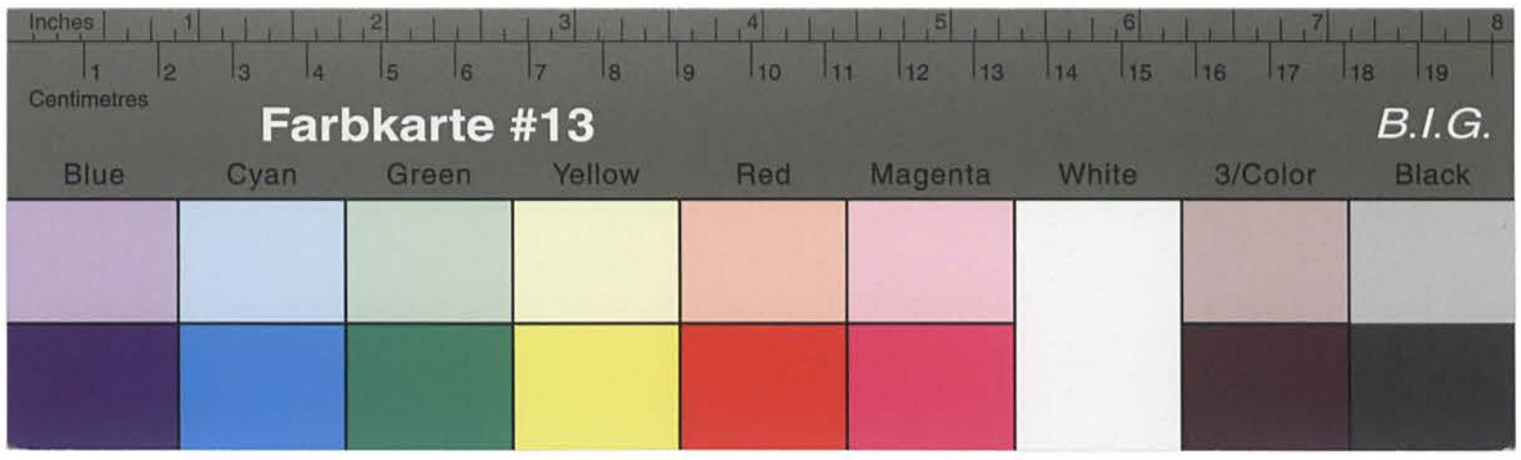
An
die Wohlfahrtsbehörde
Abteilung Amtliche Hauptfürsorgestelle
für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene
in Hamburg 6.
Rentzelstrasse 68/72.

Zum dortigen Aktenzeichen: Abtl. II a.

In der Anlage übersenden wir die gewünschte Akte über die Kriegerwitwe Maria Möller.

I. A.

Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2

Landkreis Peine
Kreisselbstverwaltung
Abt. III a

Tgb.Nr. ---- Akte

An das
Kreiswohlfahrtsamt
-Abt. für politische Wiedergutmachung-
Bad Oldesloe
Königstr. 32

Betr.: Viehhändler Ernst Stapelfeldt, geb. 31.3.1885, jetzt wohnhaft in Eichede, Krs. Stormann.
Bezug: Schreiben vom 11. Juli 1946 -4/406 Rg./Hi.-

Peine, den 10. August 1946

Tab.Nr. 19 AUG 1946

Weder bei der Kreisverwaltung noch bei der Gemeindeverwaltung ist etwas darüber bekannt, dass dem früher in Gr.-Lafferde ansässigen Viehhändler Ernst Stapelfeldt sein Gewerbe während des Naziregimes untersagt worden ist. Nach Mitteilung des Kreisfachschaftsleiters der Viehkaufleute hat St. sein Gewerbe im Jahre 1938 vermutlich infolge finanzieller Schwierigkeiten von selbst aufgegeben. In Händlerkreisen soll er vorher allerdings als sehr tüchtig bekannt gewesen sein. Nach den hiesigen Unterlagen hat Stapelfeldt im Jahre 1938 (am 21.1.) letztmalig eine Legitimationskarte erhalten. Es wird anheimgestellt, weitere Nachfragen bei dem Viehwirtschaftsverband Niedersachsen in Hannover zu halten.

Der Landrat.
In Vertr.

Kreisarchiv Stormarn B2

Ernst Stapelfeldt, Viehhändler. Eichede, den 14.8.46.

10

An den

Kreis- Sonderhilfsausschuss für politische Wiedergutmachung.

Landrat Bad Oldesloe 19. AUG. 1946 Tgb.Nr.

B a d - O l d e s l o e.

Betr. wiedergutmachungsanerkennungsbescheid.

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 3.8.46. und bin erstaunt, dass Sie meinem Antrag nicht stattgeben konnten. Ich kann mir nicht anders denken, als dass Sie sich auf die derzeitige Begründung des Viehwirtschaftsverbandes Hannover verlassen, die jedoch nur als Tarnung angesehen werden kann. Wie aus dem in der Anlage ersichtlich, hat der jetzige Kreisfachschaftsleiter Peine Herr Otto Heise, bescheinigt, dass mir mein Gewerbe aus politischen Gründen entzogen worden ist. Und ich muss nochmals bestätigen, dass dies tatsächlich der Fall ist. Wenn man damals mit Unzuverlässigkeit arbeitete, so kann ich dagegen anführen, dass ich von meinem 15. Lebensjahr an als Viehhändler tätig war und immer das Vertrauen der Behörden hatte. von 1923 bis 1938 war ich selbständig. Vom 1.3.43 bis 31.8.45 war ich als Viehaufkäufer bei der Fa. Neuhaus und Albers. (Zeugnisabschrift liegt bei) Vater war Viehhändler und Schlachter und 4 Brüder sind ebenfalls Viehhändler. Dass ich mein Fach verstanden habe, dürften meine nachweisbaren Umsätze erweisen.

Ganz besonders möchte ich auf eins hinweisen und bitten, eine Nachprüfung vorzunehmen: Herr Louis Hansen, Viehhändler in Stederdorf Kreis Peine ist genaustens im Bilde, dass die damalige Kreisbauernsch. immer gegen mich eingestellt war und wird dies auch gern bestätigen, wenn Sie eine solche anfordern. Dies muss meines Erachtens doch den Beweis erbringen, dass man mir den Gewerbeschein einzig und allein aus rein politischen Gründen entzogen hat. Ich bin auch gern bereit, falls erforderlich, zur mündlichen Aussprache zu kommen, da ich sicher manche Unklarheit sofort klären kann.

Aus vorstehenden Gründen bitte ich herzlich, meine Angelegenheit nochmals wohlwollend nachprüfen zu wollen und mir die erforderliche Bescheinigung auszustellen, da ich nun bereits 16 Monate warte und hin und hergezerrt werde und immer noch nicht einen Schritt weitergekommen bin.

Ich sehe Ihrer Rückantwort gern entgegen und zeichne

ergebenst.

Anlage.

Ernst Stapelfeldt

Farbkarte #13 B.I.G.
Kreisarchiv Stormarn B2

Der Landrat
des Kreises Stormarn

Bad Oldesloe, den 17.8.46

Urschriftlich

an den
Kreis-Sonderhilfsausschuss
f. politische Wiedergutmachung

Bad - O l d e s l o e

zur Entscheidung zugeleitet.

Mir will es scheinen, als ob tatsächlich eine Wiedergutma-chung in Frage kommen könnte.

Der Landrat:
[signature]

6/9.

1.) [illegible]

[illegible] 7/9 46 Keine [illegible] Rg.

2.) [illegible]

11

4/406

Bad Oldesloe, den 17. 9. 1946
Königstr. 32
Telefon 151 - 157

Rg./Hi.

1.) An die
Kreisbauernschaft

P e i n e
Kantstr. 30

ab 18/9.46

Betr.: Viehhändler Ernst Stapelfeldt, geb. 31.3.8
früher wohnh. Gr. Lafferde, Kreis Peine,
jetzt wohnh. Eichede, Kreis Stormarn.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 25. 7. 1946.

Auf Grund der 13. Sitzung des Kreis- Sonderhilfs-
ausschusses Stormarn wurde eine weitere Ueberprü-

12

Kreisbauernschaft
Peine

[redacted]

Peine, den 20. 9. 1946.
[redacted] Kantstraße 30
Fernsprecher: Sammel-Nummer: 26 51
Bankkonto: Genossenschaftsbank Peine

Akt.-Z. ....
Im Schriftverkehr stets angeben

Zum Schreiben vom

Akt.-Z.

Einschreiben!

An die
Kreisverwaltung Stormarn,
Kreiswohlfahrtsamt,

Bad Oldesloe
Königstr, 32

Betr.: Viehhändler Ernst Stapelfeldt, geb. 31.3.1885, früher wohnh. Gr.Lafferde - Kreis Peine, jetzt wohnh. Eichede -Kreis Stormarn .

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 17. d. M. übersenden wir Ihnen die von Ihnen angeforderte Akte Stapelfeld, früher wohnhaft in Gr. Lafferde - Kreis Peine , zur Kenntnis . Nach Einsichtnahme der Unterlagen bitten wir, dieselben an uns wieder zurückzusenden .

(Bender)
Landw.-Rat

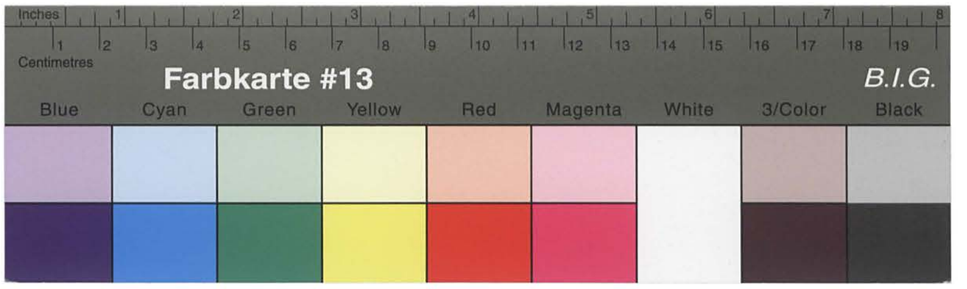
F/1163

fung des Antrages des Stapelfeldt vorgesehen.
Dazu bitte ich um kurze Ueberlassung der lediglich die Entziehung des Gewerbes betreffenden Unterlagen in Original oder Abschrift.

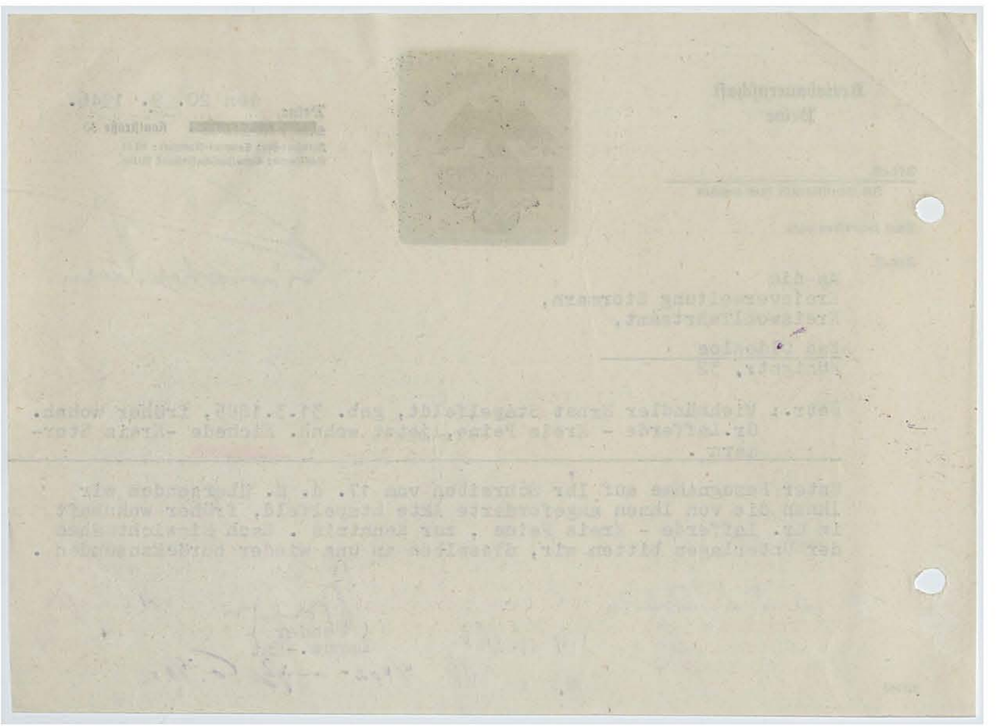
Im Auftrage:

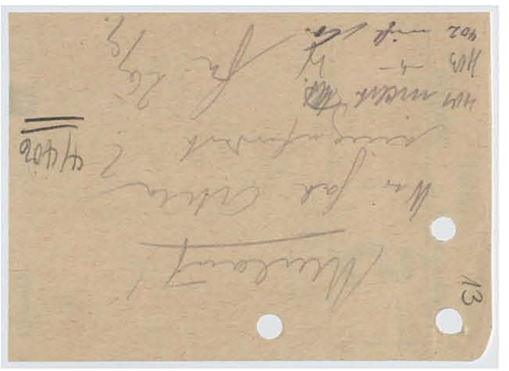
2.) Wv. nach 3 Wochen.

Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2





14

Kreis- Sonderhilfsausschuss
(für Hilfsleistungen an frühere
Häftlinge der Konzentrationsläger)
des Kreises Stormarn
4/406 - Rg./Hi. -

Bad Oldesloe, den 11. Okt. 1946
Königstr. 32
Telefon 151 - 157

1.) Herrn
Ernst Stapelfeldt
(24) E i c h e d e
Kreis Stormarn

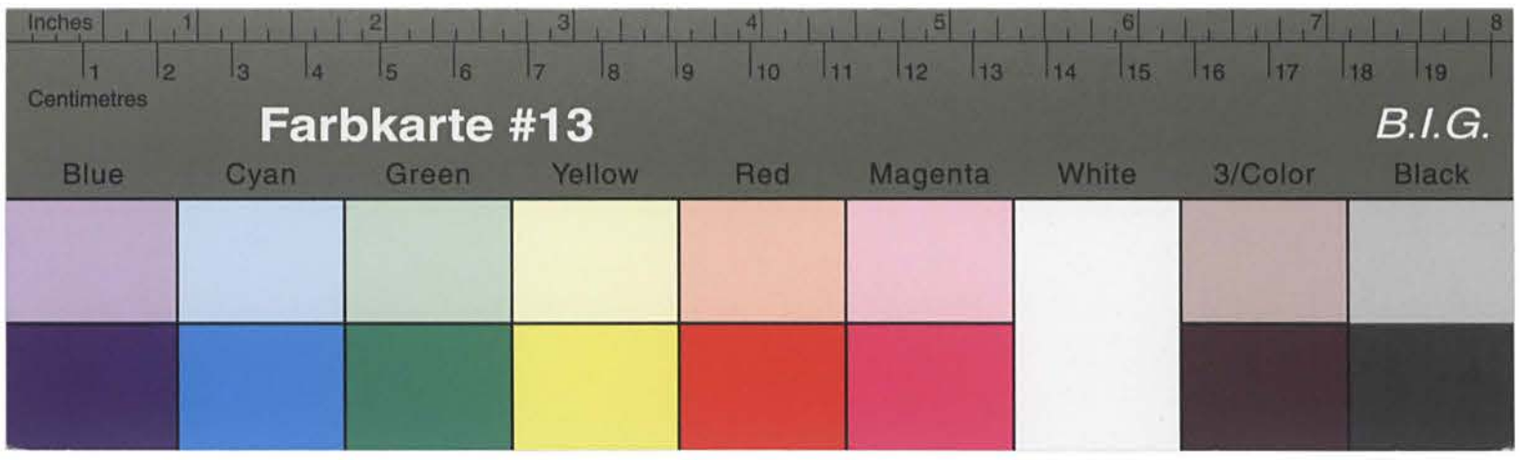
ab 14/10.46

Ihr Antrag auf Wiedergutmachung vom 14. 8. 1946 muss abgelehnt werden. Sie behaupten, dass Ihre Entziehung der Berechtigung zum Handel mit Vieh und die Ablehnung des Neuantrages seitens der Kreisbauernschaft in Peine (bzw. des Viehwirtschaftsverbandes Niedersachsen) erfolgt sei, weil Sie nicht in der Partei gewesen nur und bei den Parteimitgliedern unbeliebt gewesen und schikaniert worden seien. Beweise dafür haben Sie nicht beibringen können. Ihre Darstellung und all die Einzelheiten, die Sie bei Ihrer persönlichen Vernehmung dafür angeführt haben, können Ihre Behauptung nicht beweisen.

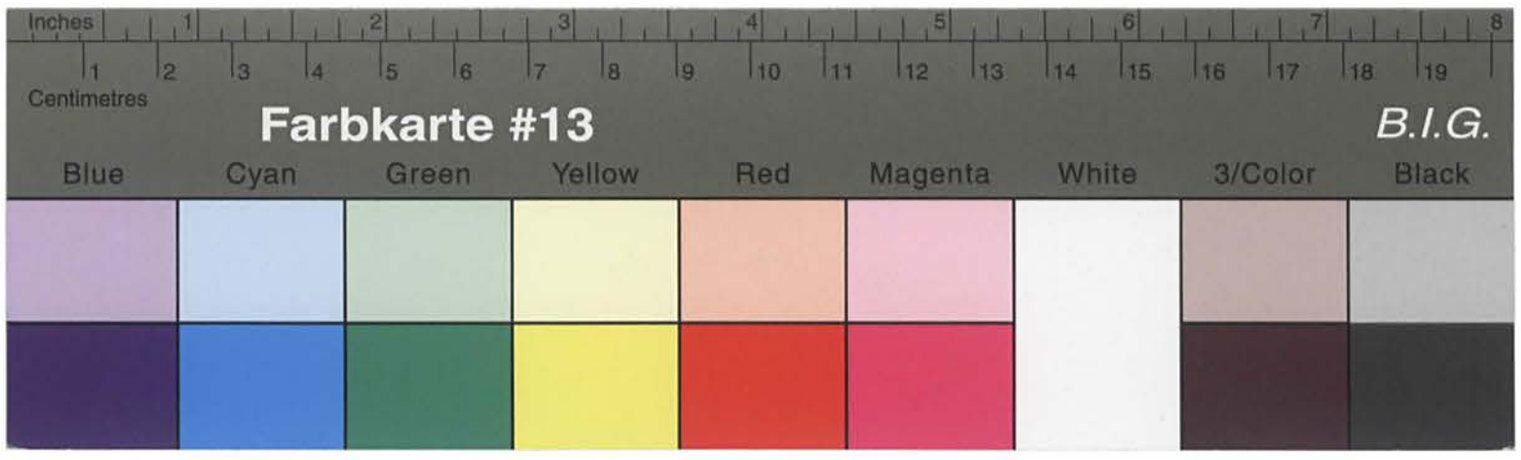
Im Gegensatz dazu ergibt, die Akte der Kreisbauernschaft Peine, die wir hinzugezogen haben, dass die Entziehung und die Ablehnung Ihres Antrages auf Neu-Zulassung aus sachlichen Gründen erfolgt ist. Natürlich ist es möglich, dass Ihre Behauptung, diese Gründe seien nur vorgeschützt, zutrifft. Trotzdem ist es völlig ausgeschlossen, bei dieser Sachlage festzustellen, dass Sie aus politischen Gründen

Mai
Sonnabend ☾ 5
Sonntag 6
5. Rogate
S.-A. 4.22 · S.-U. 19.32
M.-A. 2.02 · M.-U. 10.42
Normalzeit
5./6. Mai
5
SOENNECKEN

Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

Bad Oldesloe, den 11. Oktober 1946
Königstr. 32

4/406
Rg./Hi.

ab 14/10.46.

2.) **Abschriftlich**

Kreisbauernschaft

h i e r

zur Kenntnis mit dem Zusatz, dass Stapelfeldt angewiesen wurde, sich in fachlicher Hinsicht an die dortige Stelle zu wenden.

3.) Zu den Akten.

Im Auftrage:
Rg

17

Abschrift.

Ernst Stapelfeld

Kreis- Sonderhilfsausschuss (für Hilfsleistungen an frühere Häftlinge der Konzentrationslager) des Kreises Stormarn

Bad Oldesloe, den 11. Okt. 1946
Königstr. 32
Telefon 151 - 157

4/406 - Rg./Hi. -

Herrn
Ernst Stapelfeld
(24) E i c h e d e
Kreis Stormarn

Ihr Antrag auf Wiedergutmachung vom 14.8.1946 muss abgelehnt werden. Sie behaupten, dass Ihre Entziehung der Berechtigung zum Handel mit Vieh und die Ablehnung des Neuantrages seitens der Kreisbauernschaft in Peine (bezw. des Viehwirtschaftsverbandes Niedersachsen) erfolgt sei, weil Sie nicht in der Partei gewesen sind und bei den Parteimitgliedern unbeliebt gewesen und schikaniert worden seien. Beweise dafür haben Sie nicht beibringen können. Ihre Darstellung und die Einzelheiten, die Sie bei Ihrer persönlichen Vernehmung dafür angeführt haben, können Ihre Behauptung nicht beweisen.

Im Gegensatz dazu ergibt die Akte der Kreisbauernschaft Peine, die wir hinzugezogen haben, dass die Entziehung und die Ablehnung Ihres Antrages auf Neu-Zulassung aus sachlichen Gründen erfolgt ist. Natürlich ist es möglich, dass Ihre Behauptung, diese Gründe seien nur vorgeschützt zutrifft. Trotzdem ist es völlig ausgeschlossen, bei dieser Sachlage festzustellen, dass Sie aus politischen Gründen geschädigt seien. Ein Fall

der

81

Ernst Stapelfeldt, Viehhändler   Eichede, den 15.1o.46.

An den

Landrat des Kreises Stormarn,
Kreissonderhilfsausschuss.

Landratsamt Bad Oldesloe 19 OKT 1946 Tgb. Nr.

Bad-Oldesloe.
=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=

Betr. 4/406

Ich bestätige den Eingang der mir zugesandten Unterlagen. leider vermisse ich noch verschiedene Sachen, die ich beim ersten Bedagelassen habe. U.a. fehlt das für mich sehr wichtige Schreiben vom Kreisfachschaftsleiter aus Peine, auf welchem bestätigt wurde, dass mir das Gewerbe aus politischen Gründen entzogen worden ist. Diese Bescheinigung habe ich mir derzeit vom Viehwirtschaftsverband wieder ausgebeten und muss sie zurückgeben. Ausserdem ist die Bescheinigung für mich von grosser Bedeutung, zumal Sie diese Nachweise anzweifeln, was zu verstehen ist, wenn Sie sich nach dem Akteninhalt der Kreisbauernschaft Peine gerichtet haben. Bisher ist mir kein Fall bekannt geworden, dass Behörden dees dritten Reiches den wahren Grund angegeben haben, wenn sie jemand ausboten wollten, der ihnen nicht folgsam genug war.
Ich bitte daher um sofortige Zustellung der fehlenden, von mir beigebrachten, Unterlagen.

Hochachtungsvoll!

Ernst Stapelfeldt

Kreisarchiv Stormarn B2

19

Bad Oldesloe, den 30. Oktober 1946
Königstr. 32
Telefon 151 - 157

4/406
Rg./Hi.

1.) Herrn
Ernst Stapelfeldt

(24) E i c h e d e
Kreis Stormarn

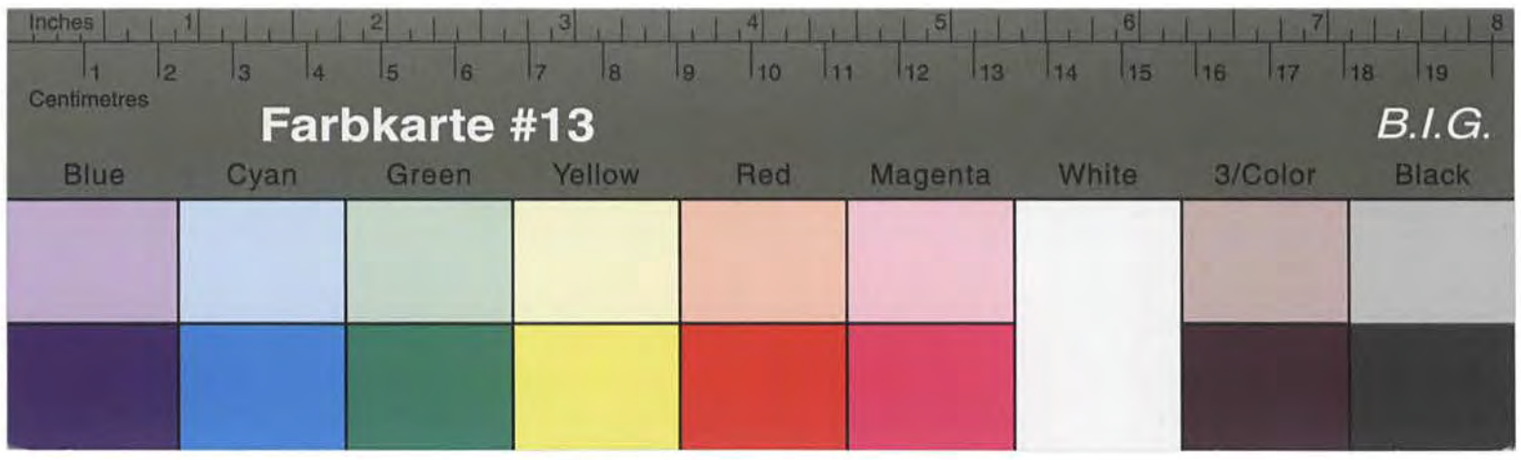
ab 1/11.46.

Auf Ihr Schreiben vom 15. Okt. 1946 übersende ich Ihnen die eingereichten Abschriften von Bescheinigungen des Kreisfachschaftsleiters Otto Heise, Peine, und der Viehhandlung Neuhaus & Albers, Mollhagen, Andere von Ihnen eingereichte Unterlagen befinden sich nicht mehr hier, sondern nur solche von Dienststellen und Ausschüssen aus Peine, die direkt an die hiesige Stelle gerichtet sind. Wenn Sie von diesen Dienststellen nochmals Unterlagen haben wollen, so bitte ich Sie, sich an diese zu wenden.

2.) Zu den Akten.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2

Regional Food Office
"Komitee für Zulassungssachen"
-Geschäftsstelle-

Hamburg 36, den 16.1.1946
Dammtorwall 41, Zimmer 108
Tel.: 34 12 51, App.:29,31 u.33

Geschäftszeichen: A 27/2550

Herrn
Ernst Stapelfeldt,
Eichede/Kr. Stormarn

Betr.: Ihr Zulassungsantrag.

Auf Ihr Schreiben vom 21.12.46 müssen wir Ihnen leider mitteilen, dass die politische Überprüfung Ihres Fragebogens noch nicht abgeschlossen ist. Sofort nach Eingang der politischen Bestätigung werden wir Ihnen den Beschluss des "Komitee für Zulassungssachen" übersenden.
Wir bitten Sie, sich bis dahin gedulden zu wollen.

Im Auftrag:
Schmäkel

Kreisarchiv Stormarn B2

22

"Komitee für Zulassungssachen"
beim

REGIONAL FOOD OFFICE
Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft
Fischerei und Forstwirtschaft
Hamburg 36, Stephansplatz 10
Geschäftszimmer
Geschäftszeichen: A 27/2550
(Bei der Antwort anzugeben)
Fernsprecher: 35 18 41

HAMBURG, den 24.5.46
Dammtorwall 41, Z. 108
Tel. 34 12 51, App. 31 u.33

Herrn
Ernst Stapelfeldt,

Eichede/Krs. Stormarn

Betreff: Ihr Antrag auf Zulassung zum Handel mit Vieh.

Ihr Antrag hat eine eingehende Überprüfung erfahren. Leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass der Viehhandel im Bereich der Provinz Schleswig-Holstein zurzeit ausserordentlich übersetzt ist.

Aus diesem Grunde besteht zurzeit wenig Aussicht, Ihren Antrag durch das "Komitee für Zulassungssachen" zu genehmigen.

Wir stellen anheim, den Antrag erneut einzureichen, wenn die Lage eine Besserung erfahren hat.

Es bleibt Ihnen jedoch unbenommen, eine Entscheidung durch das "Komitee für Zulassungssachen" herbeizuführen. In

Eugen Hassen, Hamburg 5000 4.46. Klasse A

Feldpost

Herrn
Ernst Stapelfeldt
Eichede/Krs. Stormarn

Absender:

Regional Food Office
GERMAN

23

Komitee für Zulassungssachen

REGIONAL FOOD OFFICE
Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft
Fischerei und Forstwirtschaft
Hamburg 36, Stephansplatz 10
Geschäftsstelle
Geschäftszeichen: A 27/2550
(Bei der Antwort anzugeben)
~~Fernsprecher: 35 18 41~~

HAMBURG, den 21.6.46
Dammtorwall 41, Z. 108
Tel. 34 12 51, App. 31 u.33

Herrn
Ernst Stapelfeld

Eichede / Krs. Stormarn.

Betrifft: Ihr Antrag auf Zulassung zum Handel mit Vieh.

Im Nachgang zu unserem Schreiben vom 19.6.46 bitten wir Sie um Mitteilung, ob Sie auf Ihren Anspruch auf Wiedergutmachung bestehen. Sollte dies der Fall sein, so bitten wir Sie, Ihren Anspruch bei dem für Ihren Kreis zuständigen Sonderhilfsausschuss (Landkreisverwaltung in Bad Oldesloe) geltend zu machen und um Anerkennung Ihres Wiedergutmachungsanspruches zu bitten.

Dieser Anerkenntnisbescheid muss hier vorliegen, wenn über Ihre Sache entschieden werden soll.

Im Auftrag:
Schmatel

---

diesem Falle wollen Sie uns hierüber eine ausdrückliche
Mitteilung zukommen lassen.

Im Auftrag:

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13 B.I.G.
Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black

Kreisarchiv Stormarn B2

Regional Food Office
Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft
Fischerei und Forstwirtschaft
Komitee für Zulassungssachen
Hamburg 36, Dammtorwall 41

GERMAN

22.8.46-15

24

Ernst Stapelfeldt, Viehhändler. Eichede, den 14.8.46.

An den
Kreis- Sonderhilfsausschuss für politische Wiedergutmachung.
B a d - O l d e s l o e.
=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=.=

Betr. wiedergutmachungsanerkennungsbescheid.

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 3.8.46. und bin erstaunt, dass Sie meinem Antrag nicht stattgeben konnten. Ich kann mir nicht anders denken, als dass Sie sich auf die derzeitige Begründung des Viehwirtschaftsverbandes Hannover verlassen, die jedoch nur als Tarnung angesehen werden kann. Wie aus dem in der Anlage ersichtlich, hat der jetzige Kreisfachschaftsleiter Peine Herr Otto Heise, bescheinigt, dass mir mein Gewerbe aus politischen Gründen entzogen worden ist. Und ich muss nochmals bestätigen, dass dies tatsächlich der Fall ist. Wenn man damals mit Unzuverlässigkeit arbeitete so kann ich dagegen anführen, dass ich von meinem 15. Lebensjahr an als Viehhändler tätig war und immer das Vertrauen der Behörden hatte. Von 1923 bis 1938 war ich selbständig. Vom 1.3.43 bis 31.8.45 war ich als Viehaufkäufer bei der Fa. Neuhaus und Albers. (Zeugnisabschrift liegt bei) Vater war Viehhändler und Schlachter und 4 Brüder sind ebenfalls Viehhändler. Dass ich mein Fach verstanden habe, dürften meine nachweisbaren Umsätze erweisen.

Ganz besonders möchte ich auf eins hinweisen und bitten, eine Nachprüfung vorzunehmen: Herr Ludwig Hansen, Viehhändler in Stederdorf Kreis Peine ist genaustens im Bilde, dass die damalige Kreisbauernsch. immer gegen mich eingestellt war und wird dies auch gern bestätigen, wenn Sie eine solche anfordern. Dies muss meines Erachtens doch den Beweis erbringen, dass man mir den Gewerbeschein einzig und allein aus rein politischen Gründen entzogen hat. Ich bin auch gern bereit, falls erforderlich, zur mündlichen Aussprache zu kommen, da ich sicher manche Unklarheit sofort klären kann.

Aus vorstehenden Gründen bitte ich herzlich, meine Angelegenheit nochmals wohlwollend nachprüfen zu wollen und mir die erforderliche Bescheinigung auszustellen, da ich nun bereits 10 Monate wartend hin und hergezerrt werde und immer noch nicht einen Schritt weitergekommen bin.

Ich sehe Ihrer Rückantwort gern entgegen und zeichne

ergebenst.

Anlage.

25

Regional Food Office
Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft
Fischerei und Forstwirtschaft
Komitee für Zulassungssachen
Hamburg 36, [illegible] 41

Buchungs-Nr.: A 27/ 2550/289

Betr.: Gebührenrechnung;
hier: Zulassungsangelegenheit der Firma: Ernst Stapelfeld
Eichede/Holst.

1.)	Antragsgrundgebühr	RM.
2.)	Gebühr für Verfahren vor dem "Komitee für Zulassungssachen" -	RM.
	Beschwerde-Ausschuss	RM.
3.)	Gebühr f."vorl.Genehmigung"	RM.
4.)	Fragebogengebühr	RM. 1.-
5.)	Porto	RM. -.64
	insgesamt	RM. 1.64

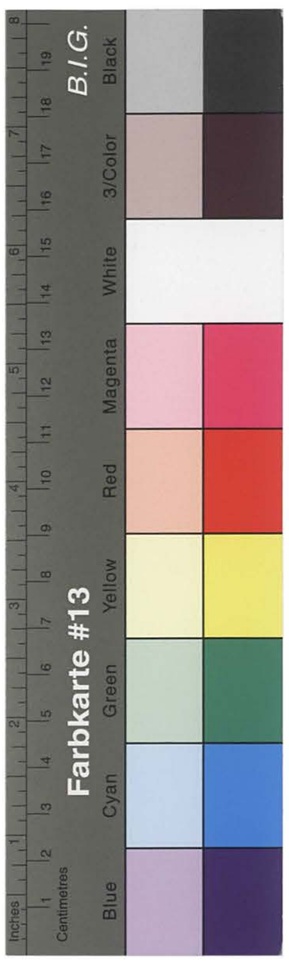
Hamburg, den 18/10.46

[Stempel: Hamburg]

Im Auftrage:
Schwichel

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2



Feldpost

Absender:

E/1065

26

Regional Food Office
Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft
Fischerei und Forstwirtschaft

Komitee für Zulassungssachen

Hamburg 36, den 9.11.46
Dammtorwall 41

Eingegangen
- 7. FEB. 1947
Beantwortet:
Abgelegt:

Beschluß

In Sachen: des Herrn Ernst S t a p e l f e l d t , Eichede /Kr. Stormarn, auf Zulassung zum Handel mit Vieh

hat das Komitee für Zulassungssachen in seiner Sitzung vom 5. November 1946

an welcher teilgenommen haben:

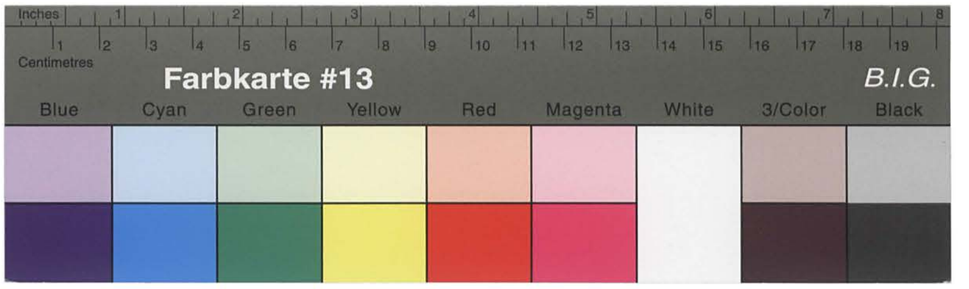
1. Dr. Lange
als Vorsitzender
2. Stadtamtmann Oskar Lohmann u.Stadtamtmann Wilhelm Hammer
als Vertreter des Bürgermeisters der Stadt Hamburg
3. als Vertreter des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein
4. Oskar Schmidt
5. Paul Gardels
als Vertreter der zuständigen Wirtschaftsverbände
6. als Kontrollofficier der britischen Militärregierung

folgenden Beschluß gefaßt:

Der Antrag wird abgelehnt.

Gegen diesen Beschluss besteht das Rechtsmittel der Beschwerde.

Eugen Haesen, Hamburg 2000 1. 46. Klasse A



Kreisarchiv Stormarn B2

Begründung:

Antragsteller ist bereits in den Jahren 1930-1938 Viehhändler gewesen. Damals wurde ihm das Gewerbe entzogen. Er hat sich dann als Arbeiter betätigt bis Ende 1942 und ist von 1943 bis August 1945 Aufkäufer bei der Viehhandelsfirma Neuhaus und Albers gewesen. Er möchte sich nunmehr wieder als selbständiger Viehhändler niederlassen und hat einen dementsprechenden Antrag gestellt.

Der Antrag ist abgelehnt worden.

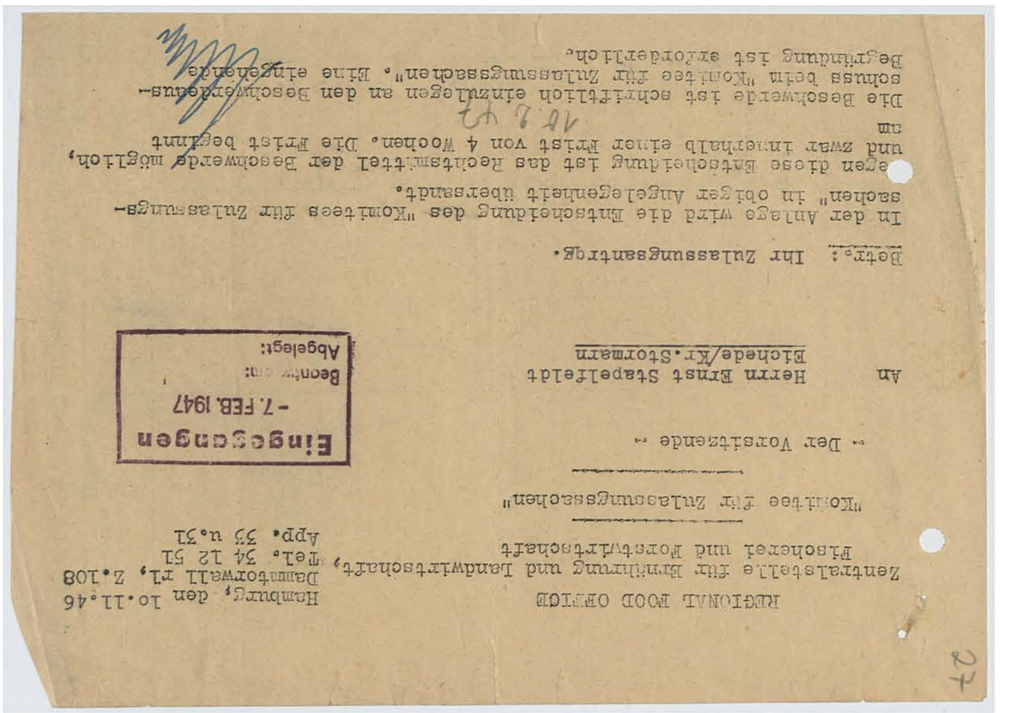
Es mag dahingestellt bleiben, aus welchem Grunde seinerzeit dem Antragsteller das Gewerbe entzogen wurde. Heute ist seine Zulassung als Neuzulassung für den Bezirk Schleswig-Holstein zu werten, da das früher ausgeübte Viehhandelsgeschäft in der Provinz Hannover ausgeübt wurde. Es war daher die Frage zu prüfen, ob und wie weit eine Neuzulassung unter den veränderten Verhältnissen möglich ist. Mit Rücksicht auf die Übersetzung des Viehhandels ist der Antrag abgelehnt worden. Es sind bekanntlich so viele Inhaber von Viehhandelsunternehmen in der Provinz Schleswig-Holstein tätig, dass Neuzulassungen nicht gegeben werden können.

Da ein wirtschaftliches Bedürfnis nicht vorliegt, musste der Antrag abgelehnt werden.

Es war daher, wie geschehen, zu erkennen.

Rechtsmittelbelehrung ist erfolgt.

(Gleichzeitig für die übrigen Mitglieder des K.f.z.)



MILITARY GOVERNMENT
Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft,
Fischerei und Forst/Artschaft

"Kontore für Zulassungssachen"

Hamburg, den 10.11.46
Dammtorwall 71, Z.108
Tel. 34 12 51
App. 33 u.31

– Der Vorsitzende –

An Herrn Ernst Stapelfeldt
Bicheede/Kr.Stormarn

Eingegangen
-7.FEB.1947
Beantw. am:
Abgelegt:

Betrifft: Ihr Zulassungsantrag.

In der Anlage wird die Entscheidung des "Kontores für Zulassungssachen" in obiger Angelegenheit übersandt.

Gegen diese Entscheidung ist das Rechtsmittel der Beschwerde möglich, und zwar innerhalb einer Frist von 4 Wochen. Die Frist beginnt am

Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen an den Beschwerdeausschuss beim "Kontor für Zulassungssachen". Eine eingehende Begründung ist erforderlich.

Farbkarte #13 B.I.G.

Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black

Kreisarchiv Stormarn B2

Märkte außerhalb des Viehwirtschaftsverbandes Schleswig-Holstein

Zielort	Stückzahl				Empfänger	
	Schweine	Rinder	Kälber	Schafe	Name	Wohnort
insgesamt						

Ernst Stapelfeldt, Viehhändler, Eichede, den 17.11.46.

An die

Baratungsstelle für Wiedergutmachung
z.Hd. Herrn Dr. H e i n e.

H a m b u r g. 36.

Baumthorstr. 41 Zimmer 113.

Betr. Zulassung mit Vieh.

Mein Antrag auf Zulassung zum Handel mit Vieh ist abgelehnt worden, weil Kreis Stormarn überbesetzt sei. Vor 14 Monaten habe ich eingereicht. Von einer Woche bin ich auf die andere vertröstet worden, um endlich zu diesem Ergebnis zu kommen. Ich bin lt. anl. Abschrift seit 1939 beruflich und somit wirtschaftlich geschädigt worden und zwar aus politischen Gründen. Erforderlichenfalls kann ich noch weitere Bescheinigungen beibringen. Bis 1942 musste ich wegen Entzugs des Gewerbescheines als Arbeiter gehen. Ab 1942 war ich bei der Fa. Neuhaus & Albers als Aufkäufer tätig und wurde ohne Grund entlassen. Herr Albers hat sogar vor ca. 1. Jahr bereits erzählt, dass ich niemals einen Gewerbeschein wiederbekommen würde. Dieses Wissen setzt mich sehr in Erstaunen.

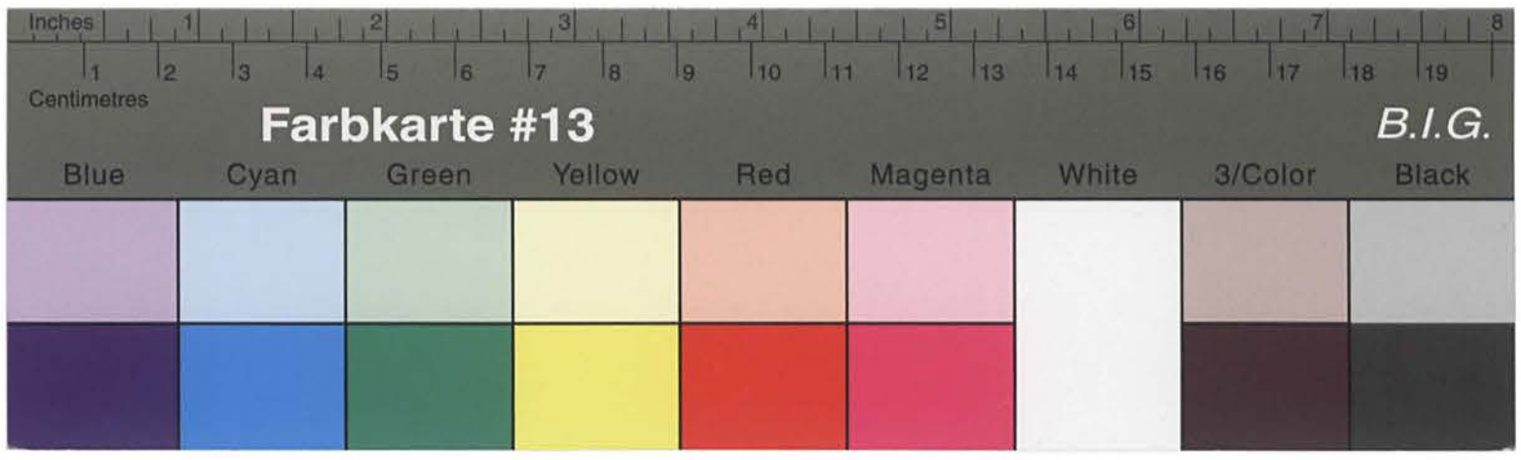
Entgegen aller Aktenvermerke der damaligen Bauernschaften usw. bin ich lediglich aus politischen Gründen kalt gestellt worden und bitte daher mit Recht, endlich wieder zum Handel zugelassen zu werden damit ich meine Familie ernähren kann. Ausserdem ist mein 26 jähr. Sohn Hans Kriegsversehrter und darf lt. ärztl. Verordnung nur leichte Arbeit verrichten. Das einzige wäre für ihn ebenfalls der Viehhandel, was er unter meiner Anleitung erlernen kann.

Ich hoffe, nunmehr Ihrerseits den Beistand zu erhalten, der erforderlich ist, um endlich zu meinem Ziel zu kommen.

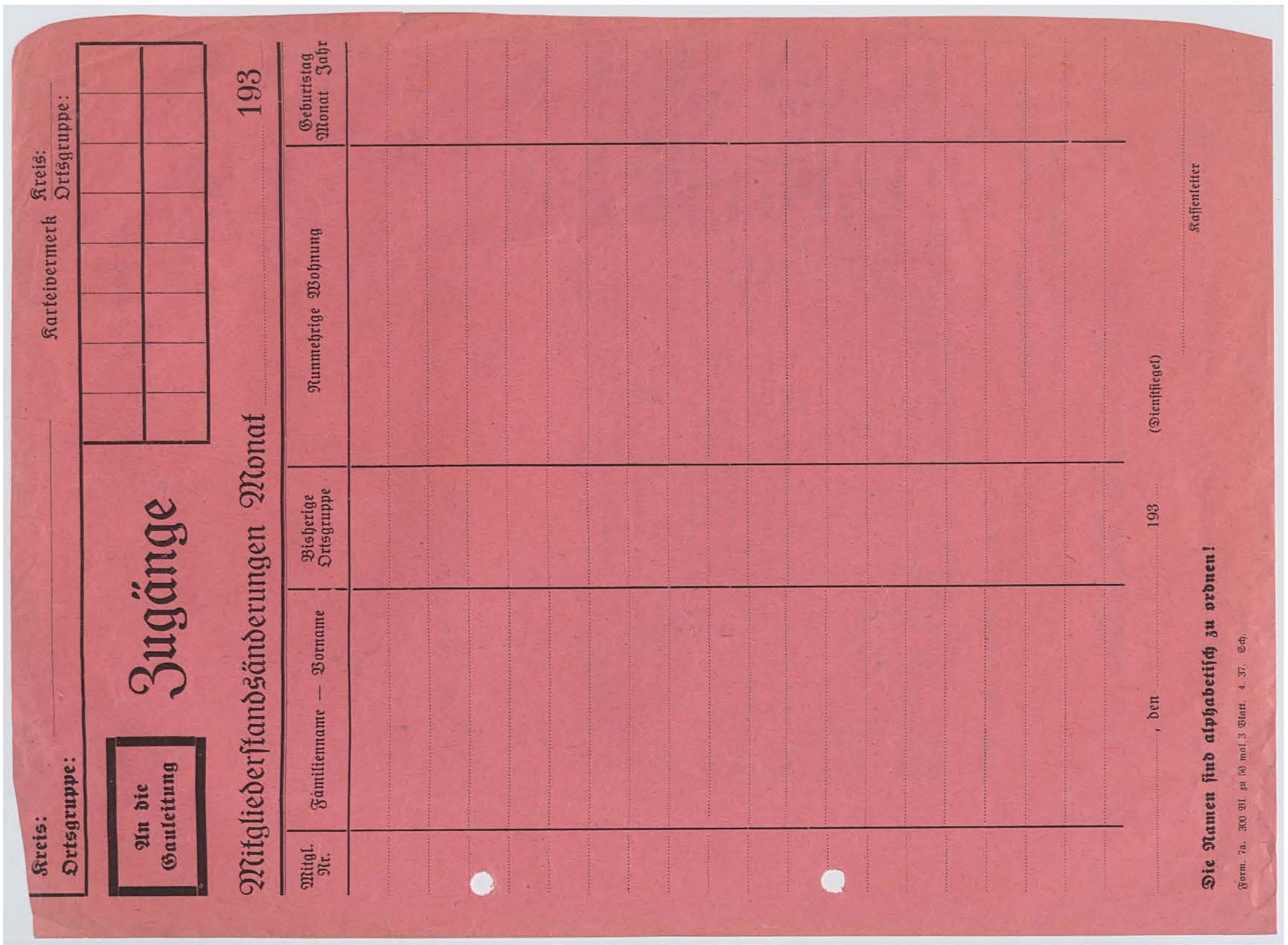
Ergebenst !

Die Akten liegen unter A.Z.
A 27/ 2550 Zimmer 108

28



Kreisarchiv Stormarn B2



Kreis: Ortsgruppe:

An die Gauleitung

Karteivermerk

Kreis: Ortsgruppe:

Zugänge

Mitgliederstandsänderungen Monat

Mitgl. Nr.	Familienname — Vorname	Bisherige Ortsgruppe	Nunmehrige Wohnung	Geburtstag Monat Jahr

193

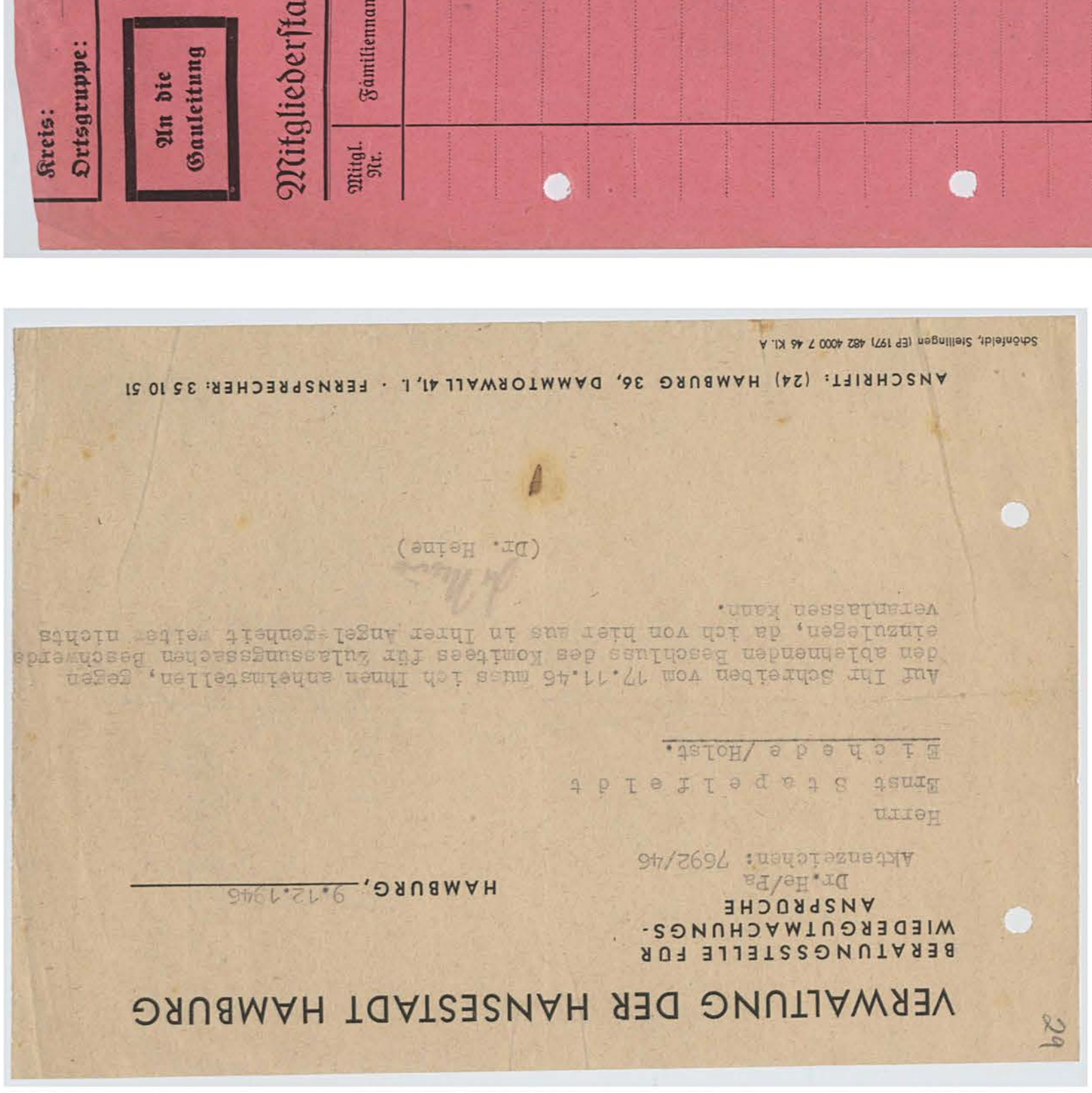
, den 193

(Dienstsiegel)

Kassenleiter

Die Namen sind alphabetisch zu ordnen!

Form. 7a. 300 91. zu 50 mal 3 Blatt. 4. 37. Sch.



VERWALTUNG DER HANSESTADT HAMBURG

BERATUNGSSTELLE FÜR WIEDERGUTMACHUNGS-ANSPRÜCHE

Dr.He/Pa

Aktenzeichen: 7692/46

HAMBURG, 9.12.1946

Herrn
Ernst Stappelfeldt

Bischede /Holst.

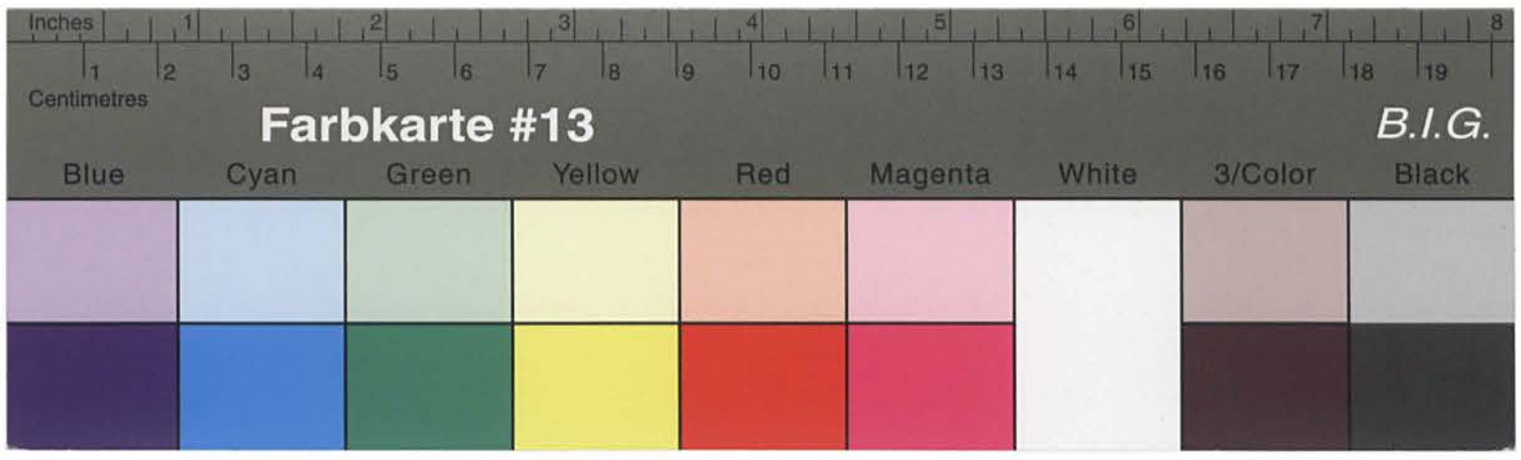
Auf Ihr Schreiben vom 17.11.46 muss ich Ihnen enheimstellen, gegen den ablehnenden Beschluss des Komitees für Zulassungssachen Beschwerde einzulegen, da ich von hier aus in Ihrer Angelegenheit weiter nichts veranlassen kann.

(Dr. Heine)

ANSCHRIFT: (24) HAMBURG 36, DAMMTORWALL 41, I. · FERNSPRECHER: 35 10 51

Schönfeldt, Siellingen (EP 1971) 482 4000 7 46 Kl. A

29



Kreisarchiv Stormarn B2

(24a) Reinbek, den 27.1.47.

Ernst Stapelfeldt,
Vieh händler

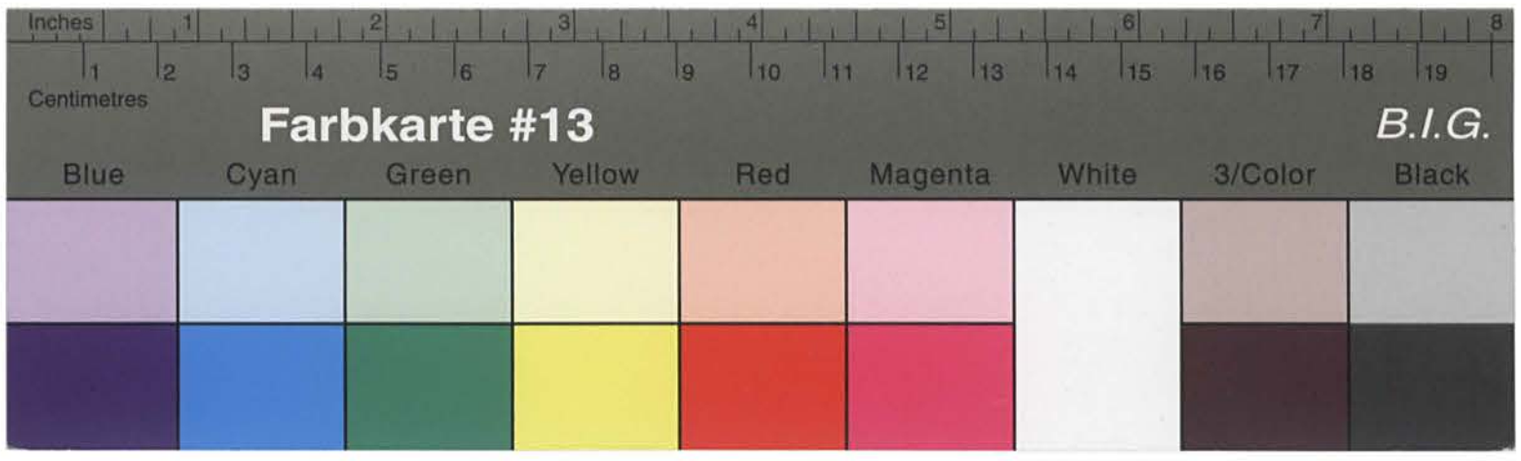
An
Regional Food Office
Komitee für Zulassungsscheine

Betr. Gesch.Z. A.27/2550 Zulassungsantrag.

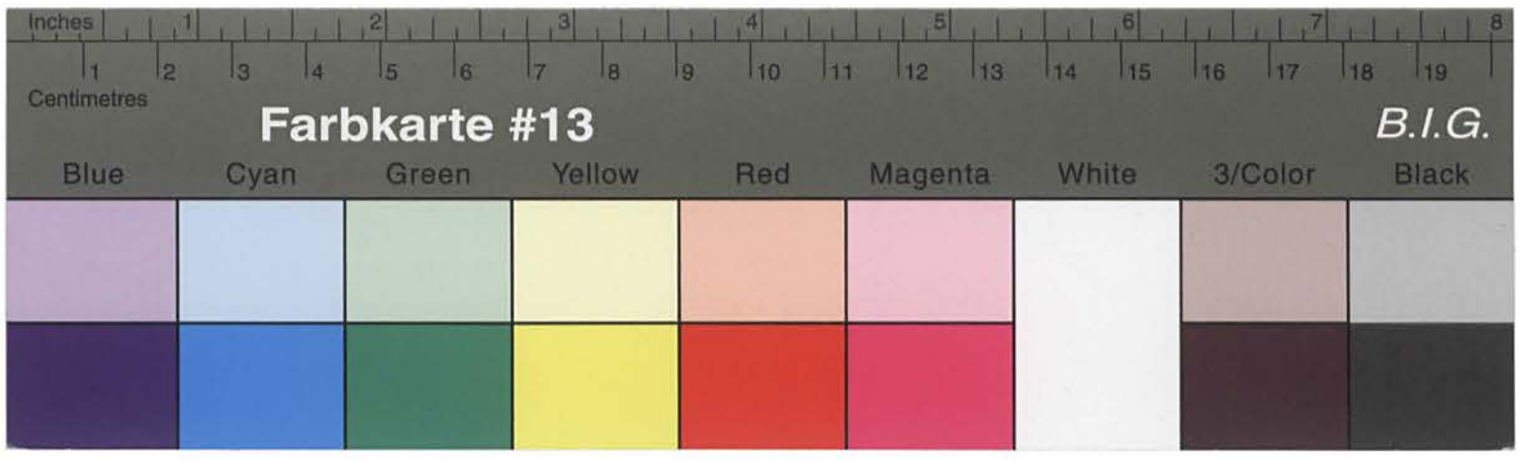
Auf Ihr Schreiben vom 16.1.47. antworte ich folgendes:
Ausdrücklich haben Sie bei der Sitzung zum Ausdruck gebracht, dass es keinerlei Einfluss habe, ob mir mein Gewerbe aus politischen oder sonstigen Gründen entzogen sei, es käme lediglich darauf an, dass der Bezirk z.Zt. übersetzt sei. Dies sollte mir in Kürze schriftlich übersandt werden. Die Prüfung des politischen FrageboGens hat damit Gerichts zu tun. Es scheint mir nur eine künstliche Hinausziehung der Sache zu sein, denn es könnte immerhin möglich sein, dass ich in der Beschwerdeinstanz zu meinem Recht käme. Ich erwarte nunmehr umgehend den schriftlichen Ablehnungsbescheid, anderenfalls ich weitere Schritte unternehmen muss. Ich habe der Partei nicht angehört und soll politisch überprüft werden. Warum sind und werden dann nicht die politisch Belasteten überpr?

(24a) Hamburg

30



Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2

Hamburg 36, den 4./11. 32

Im Auftrag:

insgesamt:.....RM.

1.) Antragsgebühg.....RM.
2.) Gebühr für Verfahren vor dem "Komitee für Zulassungssachen".RM.

3.) Gebühr für Verfahren vor dem "Besonwerde-Ausschuss".....RM.
4.) Gebühr für "Vorl.Genehmigung"..RM.
5) Pflegebeitrag.....RM.
6.) Porto.....RM.

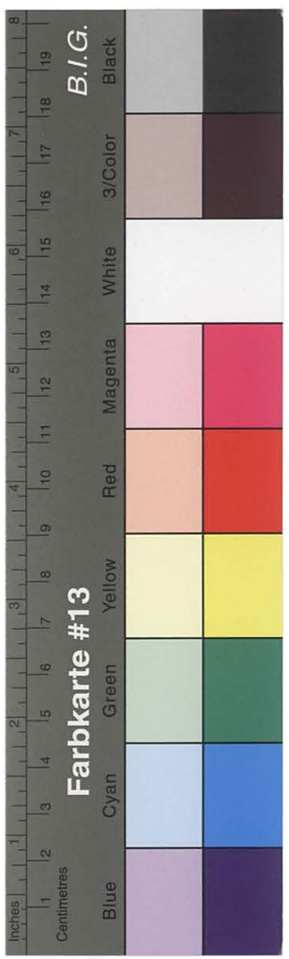
Betr.: Gebührenrechnung;
hier: Zulassungsangelegenheit der Fa.

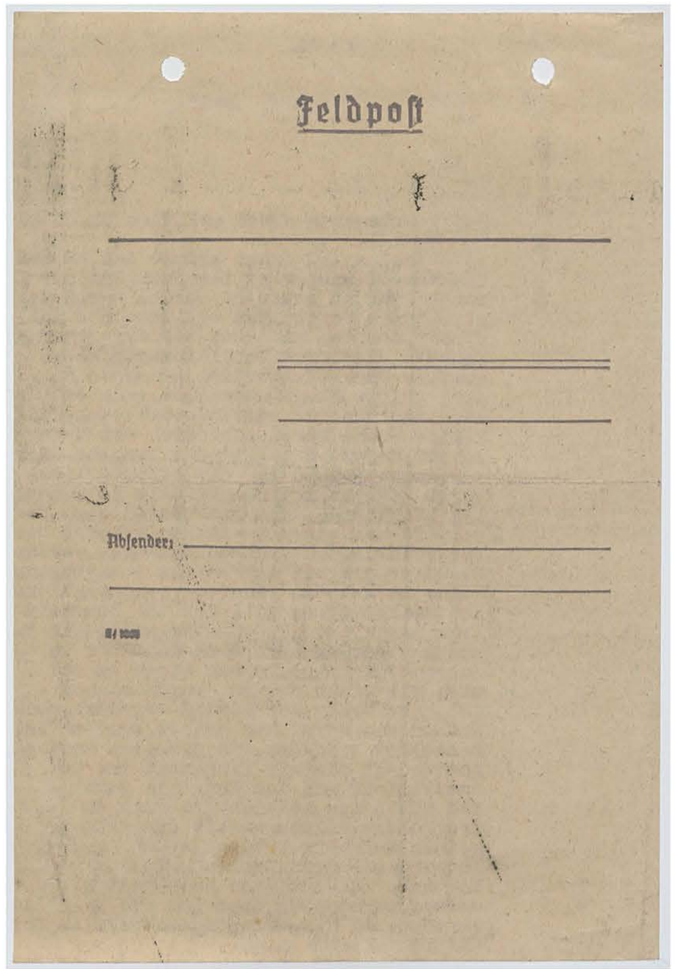
Buchungs-Nr.: A 27/

Regional Food Office
"Komitee für Zulassungssachen"
Hamburg 36, Dammtorwall 41
-Geschäftsstelle-

32

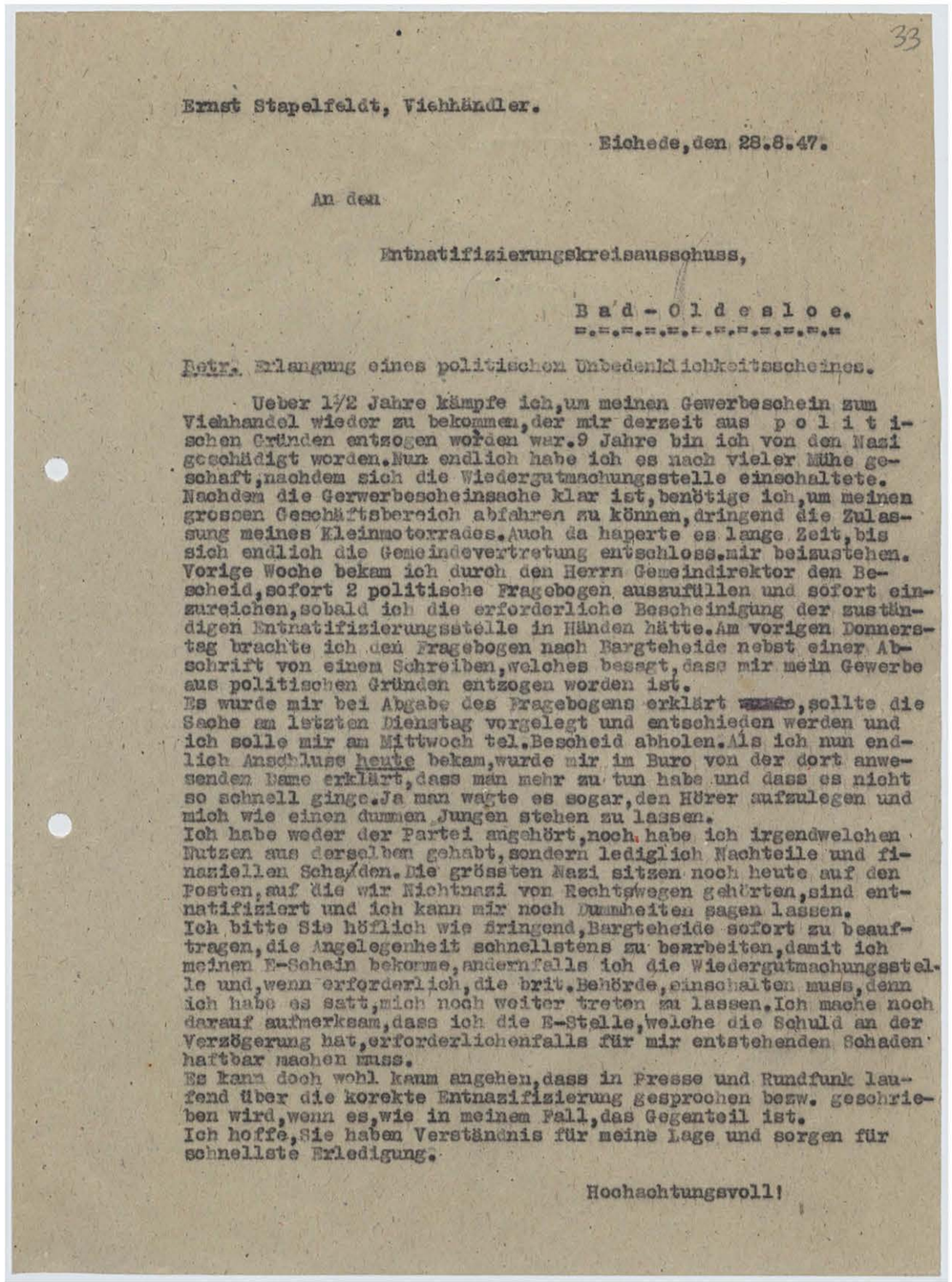
Kreisarchiv Stormarn B2





Feldpost

Absender:



33

Ernst Stapelfeldt, Viehhändler.

Eichede, den 28.8.47.

An den

Entnatifizierungskreisausschuss,

B a d - O l d e s l o e.

Betr. Erlangung eines politischen Unbedenklichkeitsscheines.

Ueber 1½ Jahre kämpfe ich, um meinen Gewerbeschein zum Viehhandel wieder zu bekommen, der mir derzeit aus p o l i t i schen Gründen entzogen worden war. 9 Jahre bin ich von den Nazi geschädigt worden. Nun endlich habe ich es nach vieler Mühe geschaft, nachdem sich die Wiedergutmachungsstelle einschaltete. Nachdem die Gerwerbescheinsache klar ist, benötige ich, um meinen grossen Geschäftsbereich abfahren zu können, dringend die Zulassung meines Kleinmotorrades. Auch da haperte es lange Zeit, bis sich endlich die Gemeindevertretung entschloss, mir beizustehen. Vorige Woche bekam ich durch den Herrn Gemeindirektor den Bescheid, sofort 2 politische Fragebogen auszufüllen und sofort einzureichen, sobald ich die erforderliche Bescheinigung der zuständigen Entnatifizierungsstelle in Händen hätte. Am vorigen Donnerstag brachte ich den Fragebogen nach Bargteheide nebst einer Abschrift von einem Schreiben, welches besagt, dass mir mein Gewerbe aus politischen Gründen entzogen worden ist.
Es wurde mir bei Abgabe des Fragebogens erklärt [illegible], sollte die Sache am letzten Dienstag vorgelegt und entschieden werden und ich solle mir am Mittwoch tel. Bescheid abholen. Als ich nun endlich Anschluss heute bekam, wurde mir im Buro von der dort anwesenden Dame erklärt, dass man mehr zu tun habe und dass es nicht so schnell ginge. Ja man wagte es sogar, den Hörer aufzulegen und mich wie einen dummen Jungen stehen zu lassen.
Ich habe weder der Partei angehört, noch habe ich irgendwelchen Nutzen aus derselben gehabt, sondern lediglich Nachteile und finanziellen Schaden. Die grössten Nazi sitzen noch heute auf den Posten, auf die wir Nichtnazi von Rechtswegen gehörten, sind entnatifiziert und ich kann mir noch Dummheiten sagen lassen.
Ich bitte Sie höflich wie dringend, Bargteheide sofort zu beauftragen, die Angelegenheit schnellstens zu bearbeiten, damit ich meinen E-Schein bekomme, andernfalls ich die Wiedergutmachungsstelle und, wenn erforderlich, die brit. Behörde, einschalten muss, denn ich habe es satt, mich noch weiter treten zu lassen. Ich mache noch darauf aufmerksam, dass ich die E-Stelle, welche die Schuld an der Verzögerung hat, erforderlichenfalls für mir entstehenden Schaden haftbar machen muss.
Es kann doch wohl kaum angehen, dass in Presse und Rundfunk laufend über die korekte Entnazifizierung gesprochen bezw. geschrieben wird, wenn es, wie in meinem Fall, das Gegenteil ist.
Ich hoffe, Sie haben Verständnis für meine Lage und sorgen für schnellste Erledigung.

Hochachtungsvoll!

Kreisarchiv Stormarn B2

34

Abschrift

Ernst Stapelfeldt,Viehhändler, Eichede,den 20.lo.47.

An die

Verwaltung des Kreises Stormarn,
- Gewerbeamt -

Bad-Oldesloe.

Betr. Antrag auf Zulassung als Viehhändler,

Ich nehme Bezug auf Ihren Bescheid vom 11.lo.47. und lege gegen den Ablehnungsbescheid hiermit

Beschwerde

ein.

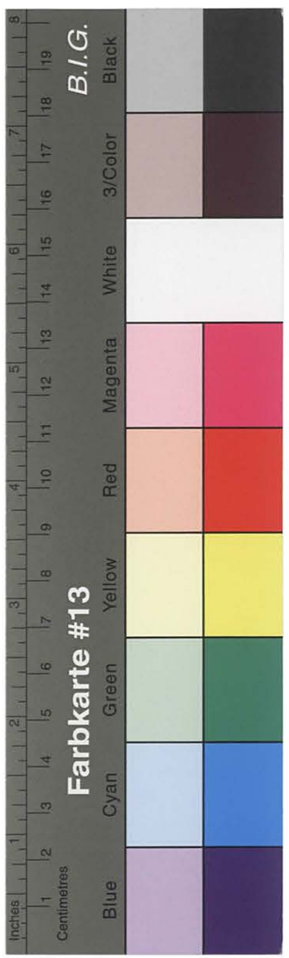
Die Gründe, welche am 7.2.46 zur Ablehnung geführt haben, waren nicht stichhaltig und habe ich dieses zur Genüge zum Ausdruck gebracht. Inzwischen hat sich die Wiedergutmachung in Hamburg eingeschaltet und ich erkenne heute weniger als je Ihre Ablehnungsgründe an. Mir ist mein Gewerbe derzeit aus politischen Gründen entzogen worden und ich verlange mein Recht. Wenn Sie allerdings, wie derzeit, das Aktenmaterial der Landesbauernschaft Hannover oder der dortigen Kreisbauernschaft heranziehen, so kann kaum ein anderer Entschluss fallen, aber Sie sowohl als auch jeder andere werden wissen, dass zur Nazizeit niemals die Wahrheit aktenmässig festgelegt wurde, sondern das, was gut dünkte, um einen Menschen, der nicht -Heil Hitler- schreien konnte, los zu werden.

Ich bin bis heut unbescholten geblieben, entstamme einer alten Viehhändler-familie und habe nicht Lust, weil es derzeit einem Grossnazi gepasst hat, mir den Gewerbeschein zu entziehen, auf meine alten Tage noch einen neuen Beruf zu ergreifen. Ausserdem handele ich jetzt ja auch, wenn auch nur auf Nebenkarte. Es ändert sich also nichts an der Sache, dass ich so oder so Händler bleibe.

Hochachtungsvoll!

Bitte wenden !

Kreisarchiv Stormarn B2



Im übrigen dürfte es ausschlaggebend sein, daß ich laut Beschluß vom 5.8.47 vom Regional Food Office von der Beschwerdeinstanz zum Handel mit Vieh zugelassen bin für das Land Schleswig-Holstein.

Es handelt sich also nur darum, das Gewerbe bei Ihnen anzumelden, was hiermit geschieht.

Hochachtungsvoll

zugelassen wurde,obwohl er sogar der NSDAP angehörte.
Es dürfte hier gleich sein,ob ein wirtschaftliches Bedürfnis vor-
liegt oder nicht.Ich bin durch die Entziehung des Gewerbesc[h]eines
wirtschaftlich geschädigt und habe ausserdem 12 Jahre unter der
Naziherrschaft leiden müssen,folglich sehe ich nicht ein,dass ich
weiter zurückstehen soll,während überall noch ehem.Parteigenossen
ihren Handel betreiben und,wie oben erwähnt,noch neu zugelassen
werden.
Um zu meinem Recht zu kommen,bitte ich,ein neues Verfahren ein-
zuleiten und mich als Viehhändler in Schleswig Holstein zuzulas-
sen,zumal ich infolge eines Kriegsleidens (14/18) nicht in der
Lage bin,körperliche Arbeiten zu tätigen und ausserdem ist mein
25 jähriger Sohn krank aus diesem Feldzug zurückgekehrt ist und
seinen Beruf als Schlachter nicht mehr ausüben kann,folglich bin
ich gezwungen,ihn im Viehhandel zu unterweisen und dafür zu sor-
gen,dass er eine Lebensexistenz bekommt.Die Unterweisung kann ab
nur dann erfolgen,wenn ich selber zugelassen bin.

Hochachtungsvoll!

21.3.47.

an den Beschwerdeausschuss beim Komitee für Zulassungssach
Hamburg 36 Dammtorwall 4

Gesch.Z.A 27/255o
Gegen den mir zugestellten Ablehnungsbescheid auf meinen Antr
auf Zulassung zum Handel mit Vieh aller Art,lege ich hiermit
fristgemäss B e s c h w e r d e ein

zugelassen wurde,obwohl er sogar der NSDAP angehörte.
Es dürfte hier gleich sein,ob ein wirtschaftliches Bedürfnis vor-
liegt oder nicht.Ich bin durch die Entziehung des Gewerbesc[h]eines
wirtschaftlich geschädigt und habe ausserdem 12 Jahre unter der
Naziherrschaft leiden müssen,folglich sehe ich nicht ein,dass ich
weiter zurückstehen soll,während überall noch ehem.Parteigenossen
ihren Handel betreiben und,wie oben erwähnt,noch neu zugelassen
werden.
Um zu meinem Recht zu kommen,bitte ich,ein neues Verfahren ein-
zuleiten und mich als Viehhändler in Schleswig Holstein zuzulas-
sen,zumal ich infolge eines Kriegsleidens (14/18) nicht in der
Lage bin,körperliche Arbeiten zu tätigen und ausserdem ist mein
25 jähriger Sohn krank aus diesem Feldzug zurückgekehrt ist und
seinen Beruf als Schlachter nicht mehr ausüben kann,folglich bin
ich gezwungen,ihn im Viehhandel zu unterweisen und dafür zu sor-
gen,dass er eine Lebensexistenz bekommt.Die Unterweisung kann ab
nur dann erfolgen,wenn ich selber zugelassen bin.

Hochachtungsvoll!

21.3.47.

an den Beschwerdeausschuss beim Komitee für Zulassungssach
Hamburg 36 Dammtorwall 4

Gesch.Z.A 27/255o
Gegen den mir zugestellten Ablehnungsbescheid auf meinen Antr
auf Zulassung zum Handel mit Vieh aller Art,lege ich hiermit
fristgemäss B e s c h w e r d e

35

ein und begründe dieselbe,wie folgt:

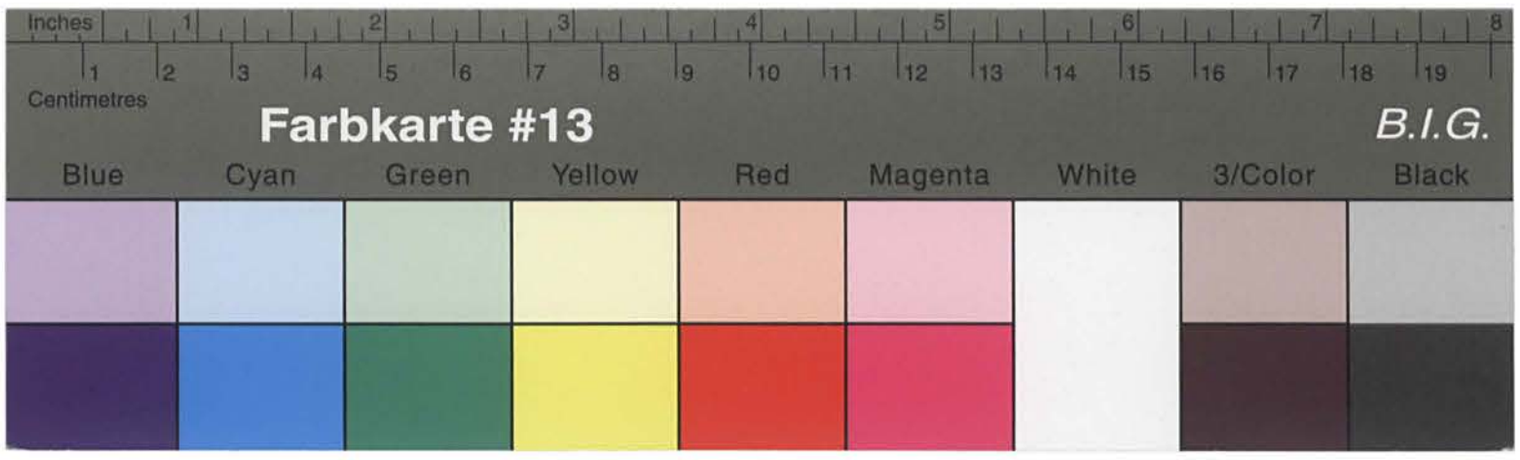
Es ist falsch,dass ich von 193o - 1938 Viehhändler war,sondern
ich war von 1900 bis zum heutigen Tag Viehhändler mit der Unter-
brechung von 1.1.1939 bis 24.2.1943,als man mir meinen Gewerbe-
schein entzogen hatte.Dass er mir aus p o l i t i s c h e n
Gründen entzogen worden ist,habe ich bereits durch einwandfreie
Bescheinigung erwiesen und bin auch in der Lage,noch weitere Zeu-
gen dafür namhaft zu machen.
Mag der Grund gelten,dass der Bezirk Schleswig Holstein mit Vieh-
händlern übersetzt ist,so ist es um so verwunderlicher,dass an d
Tage,als ich geladen war (5.11.46) ein Viehhändler aus Oldenbur
zugelassen wurde,obwohl er sogar der NSDAP angehörte.
Es dürfte hier gleich sein,ob ein wirtschaftliches Bedürfnis vor-
liegt oder nicht.Ich bin durch die Entziehung des Gewerbesc[h]eines
wirtschaftlich geschädigt und habe ausserdem 12 Jahre unter der
Naziherrschaft leiden müssen,folglich sehe ich nicht ein,dass ich
weiter zurückstehen soll,während überall noch ehem.Parteigenossen
ihren Handel betreiben und,wie oben erwähnt,noch neu zugelassen
werden.
Um zu meinem Recht zu kommen,bitte ich,ein neues Verfahren ein-
zuleiten und mich als Viehhändler in Schleswig Holstein zuzulas-
sen,zumal ich infolge eines Kriegsleidens (14/18) nicht in der
Lage bin,körperliche Arbeiten zu tätigen und ausserdem ist mein
25 jähriger Sohn krank aus diesem Feldzug zurückgekehrt ist und
seinen Beruf als Schlachter nicht mehr ausüben kann,folglich bin
ich gezwungen,ihn im Viehhandel zu unterweisen und dafür zu sor-
gen,dass er eine Lebensexistenz bekommt.Die Unterweisung kann ab
nur dann erfolgen,wenn ich selber zugelassen bin.

Hochachtungsvoll!

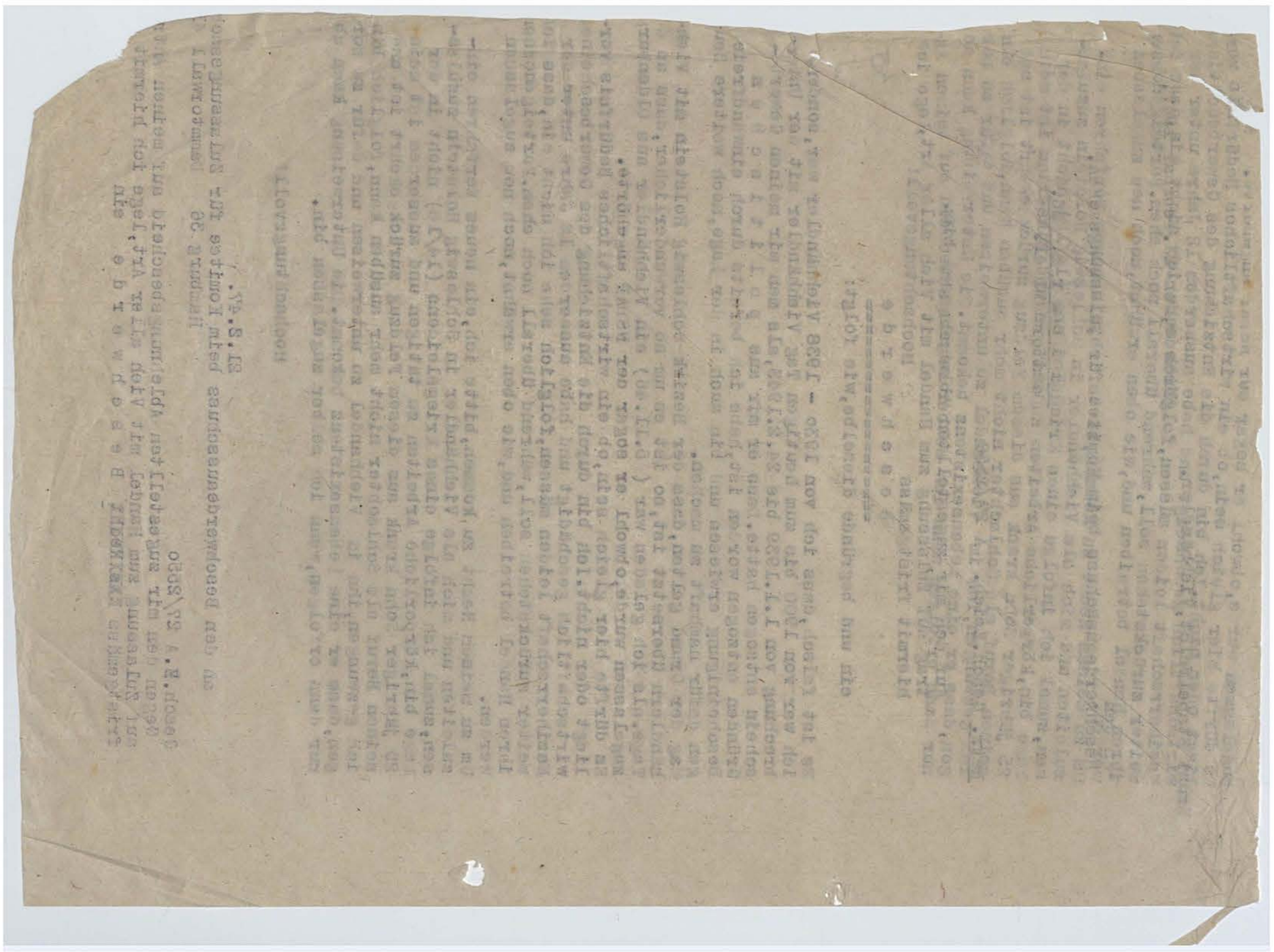
21.3.47.

an den Beschwerdeausschuss beim Komitee für Zulassungssach
Hamburg 36 Dammtorwall 4

Gesch.Z.A 27/255o
Gegen den mir zugestellten Ablehnungsbescheid auf meinen Antr
auf Zulassung zum Handel mit Vieh aller Art,lege ich hiermit
fristgemäss B e s c h w e r d e ein



Kreisarchiv Stormarn B2



Der jetzt in Eichede wohnhafte Viehhändler Ernst S t a p e l -
f e l d t , Geb. 31.3.1885, früher wohnhaft gewesen xxx in Gr.
Laffrade hat hier erneut Anspruch auf Wiedergutmachung geltend
gemacht. Ich bitte daher um nochmalige Ueberlassung der dortigen
Akten für kurze Zeit zur Einsichtnahme, damit ein endgültiges
Urteil in dieser Angelegenheit gesprochen werden kann.

Im Auftrage des Landrates;

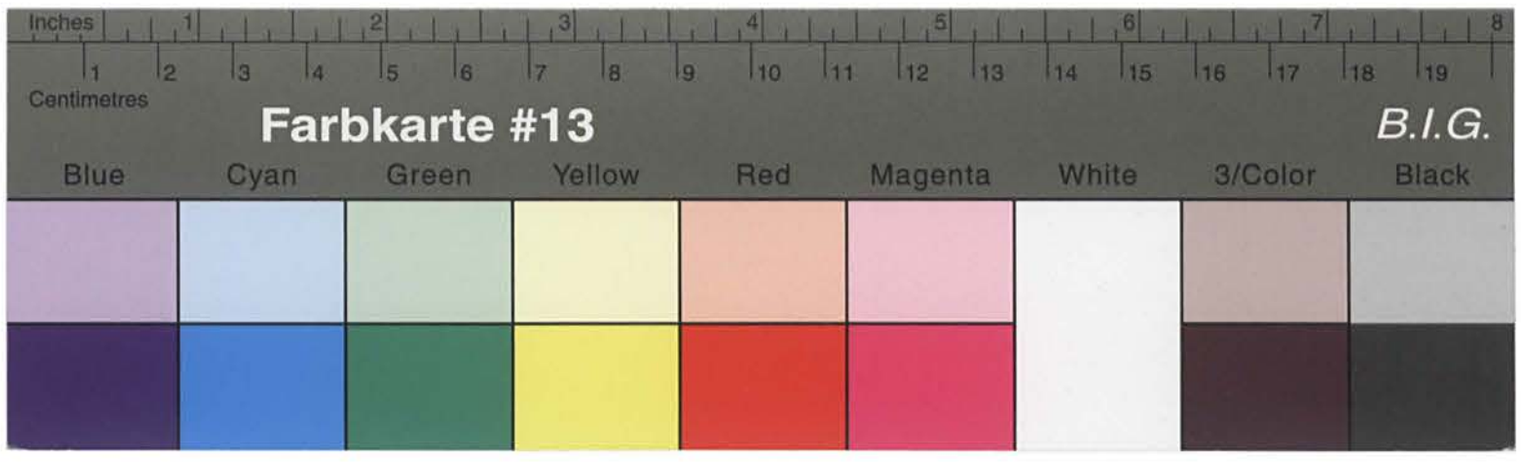
P e i n e .

An die
Kreisbauernschaft,

Sonderhilfsausschuss
4-1/9 Stapelfeld- D./-

11. Dezember 1951.

36



Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisverwaltung Stormarn
-Heimkehrerbetreuungsstelle - Bad Oldesloe, den . . . . . .

B e r e c h t i g u n g s s c h e i n !

Die Deutsche Hilfsgemeinschaft wird gebeten, dem am . . . . . .
aus . . . . . Gefangenschaft entlassenen Heimkehrer
. . . . . .
folgende Bekleidungsstücke auszuhändigen:

. . . . . .
. . . . . .
. . . . . .

Die Ausgabe erfolgt am . . . . . in . . . . . .
. . . . . .

" Nur gültig in Verbindung mit dem Entlassungsschein"

Im Auftrage:

Ich hoffe Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben.

Mit Koll. Gruss
gez. Franz Henke

Unter Bezugnahme auf die am Fernsprecher geführte Unterredung bestätige ich Ihnen wunschgemäss, dass Sie zum Handel mit Vieh aller Art ausser Pferden zugelassen sind. Ihre Zulassung erfolgte in Anerkennung eines politischen Wiedergutmachungsanspruches durch Beschluss des Regional-Food Office, - Beschwerdeausschuss für Zulassungssachen - Hamburg - am 5. August 1947.

Abschrift.

Verband der Vieh- und Pferdehandler
Für Schleswig-Holstein und Hamburg E.V.

Kreisverein Stormarn

Der Kreisvertrauensmann
Franz H e n k e

Reinfeld, den 18. August 1949

Telefon Reinfeld 343

Herrn
Ernst Stapelfeld

Bloheide über Trittau

37

38

A b s c h r i f t .

Verband der Vieh- und Pferdekaufleute
Für Schleswig-Holstein und Hamburg E.V.

Kreisverein Stormarn

Der Kreisvertrauensmann
Franz H e n k e

Reinfeld, den 18. August 1949
Telefon Reinfeld 343

Herrn
Ernst Stapelfeld

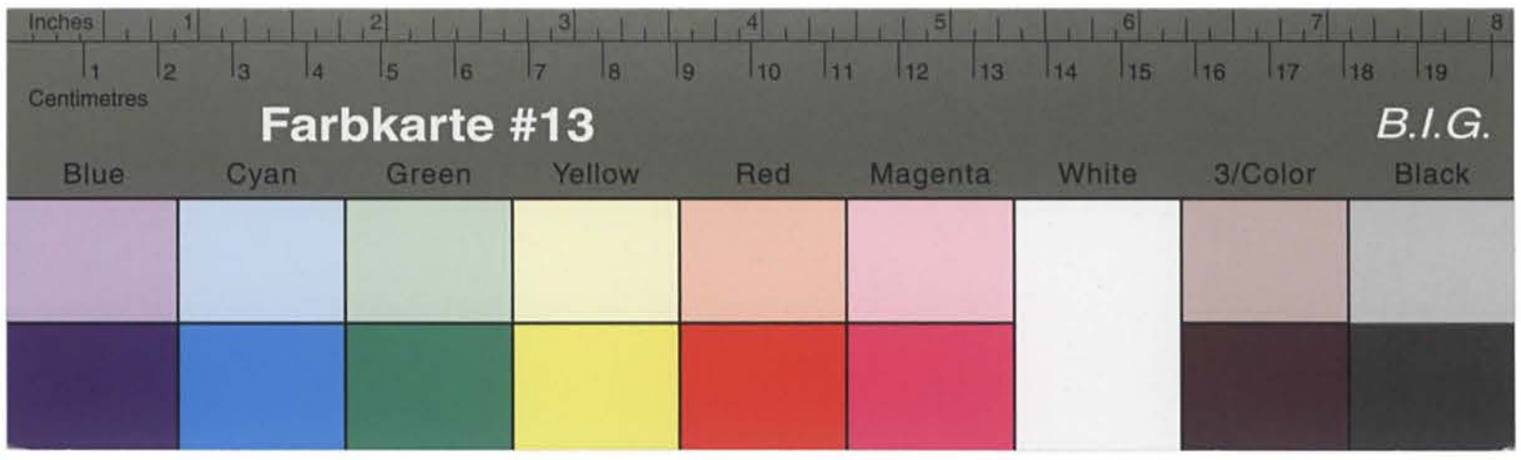
Eichede über Trittau

Unter Bezugnahme auf die am Fernsprecher geführte Unterredung bestätige ich Ihnen wunschgemäss, dass Sie zum Handel mit Vieh aller Art ausser Pferden zugelassen sind. Ihre Zulassung erfolgte in Anerkennung eines politischen Wiedergutmachungsanspruches durch Beschluss des Regional-Food Office, - Beschwerdeausschuss für Zulassungssachen - Hamburg - am 5. August 1947.

Ich hoffe Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben.

Mit Koll. Gruss
gez. Franz Henke

Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2

In der Angelegenheit des Viehhändlers Ernst S t a p e l f e l d t, früher wohnhaft gewesen in Gr. Lafferde, nehme ich Bezug auf mein Schreiben vom 11.12.50 und bitte nochmals um Überlassung der dortigen Akten, damit abschließend zum Antrag des St. durch den Kreisveterinärausschuss Stellung genommen werden kann.

Im Auftrage des Landrates:

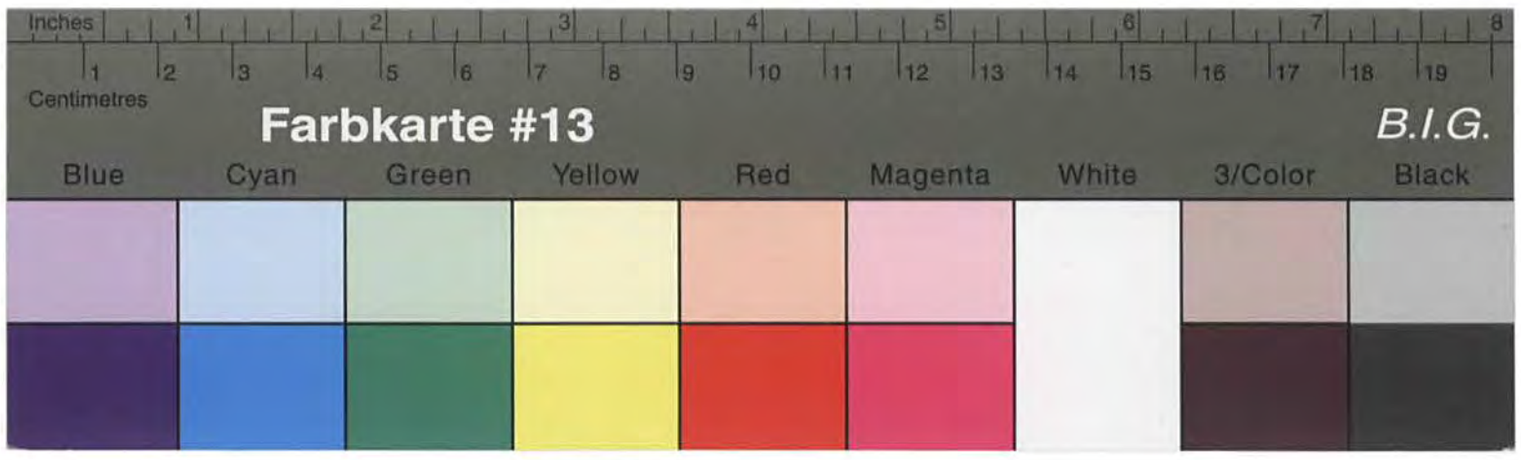
- Stapelfeldt

An die
Kreisbauernschaft
in P e i n e

D./K.

7. Februar 1952

39



Kreisarchiv Stormarn B2

7. Februar 1952

D./K.

- Stapelfeldt

An die
Kreisbauernschaft

in P e i n e

In der Angelegenheit des Viehhändlers Ernst S t a p e l f e l d t, früher wohnhaft gewesen in Gr. Lafferde, nehme ich Bezug auf mein Schreiben vom 11.12.50 und bitte nochmals um Übersendung der dortigen Akten, damit abschließend zum Antrag des St. durch den Kreissonderhilfsausschuss Stellung genommen werden kann.

Im Auftrage des Landrates:

Bad O l d e s l o e

Betr.: Viehhändler Ernst Stapelfeld;
Bezug: Dortiges Schreiben an die Kreisbauernschaft in Peine vom 7. d. M. und vom 11. 12. 1952.

In der Angelegenheit des Viehhändlers Ernst Stapelfeld erhielten wir die dortigen o. a. Zuschriften.

Die von dort verlangten Unterlagen sind hier nicht aufzufinden und wir sind daher nicht in der Lage, die gewünschten Auskünfte in der Angelegenheit zu e r t e i l e n.

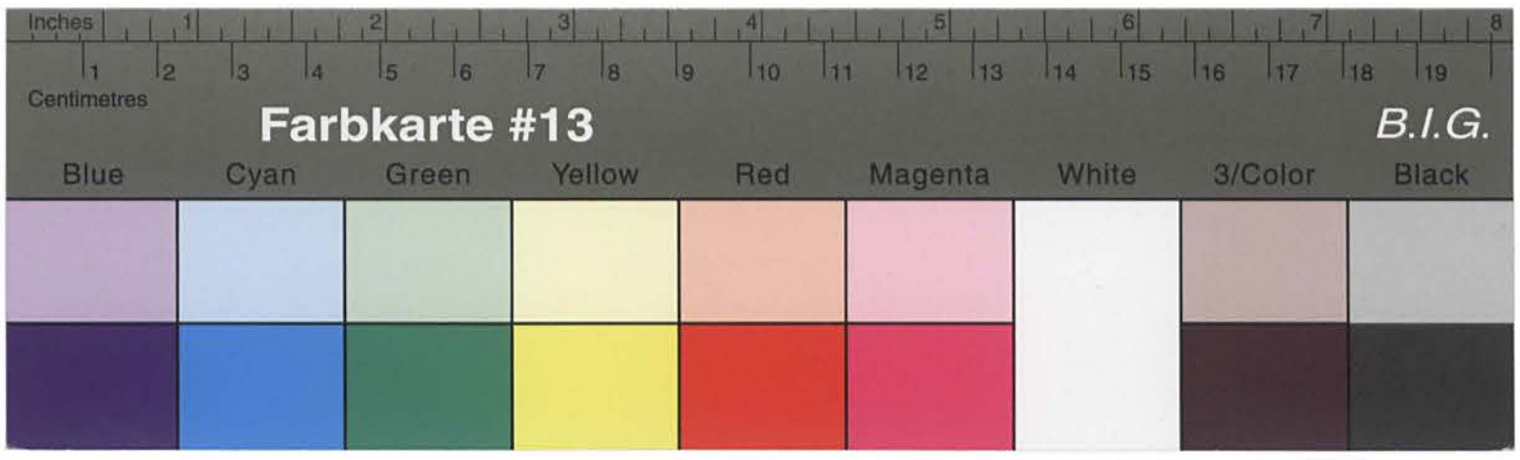
(Dr. Overkott)

Verband
des
Niedersächsischen Landvolkes e. V.
Kreisverband Peine

(20a) PEINE, den 14. 2. 1952
Kantstr. 30 / Fernruf 2651

An den
Kreis Stormarn
Der Kreisausschuß
Sonderhilfsausschuß - 4 - 1/9 -

16. FEB. 1952



Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn B2

P r o t o k o l l

der 91. Sitzung des Kreissonderhilfsausschusses Stormarn am 29. Februar 1952.

Es waren anwesend;

a)	Herr Siege	Vorsitzener,
b)	Herr Rughase,	stellv. Beisitzer,
c)	Herr von Schöning,	Beisitzer,
d)	Herr Dabelstein,	Geschäftsführer.

Vorlage: Mündlich gestellter Antrag des Ernst S t a p e l - f e l d t aus Eichede auf Anerkennung als OdN.

Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss beschliesst einstimmig, den Antragsteller unter Aufhebung des Bescheides vom 11. Oktober 1946, als politisch Verfolgten anzuerkennen.

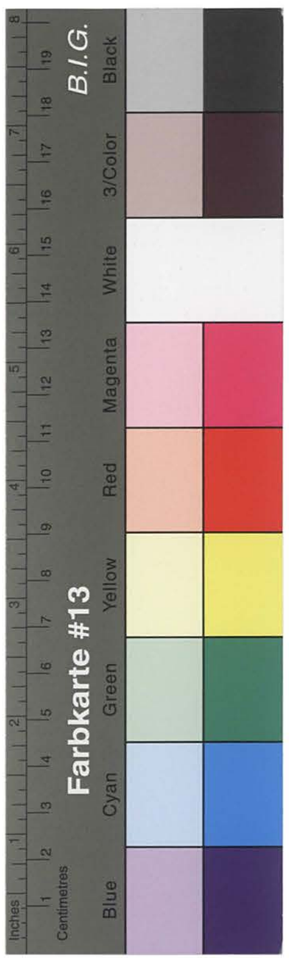
Aufgrund der heutigen persönlichen Vernehmung des Antragstellers hat der Kreissonderhilfsausschuss den Eindruck, dass der Antragsteller tatsächlich aus politischen Gründen verfolgt wurde und ihm aus diesem Grunde das Gewerbe entzogen wurde. Der Antragsteller gehörte früher nach seinen eigenen glaubwürdigen Angaben dem Stahlhelm an und trat später bei der Auflösung der NSDAP. nicht bei. Er wurde aus diesem Grunde schikaniert und hat sein Gewerbe hierdurch ~~xx~~ verloren.

Der Kreissonderhilfsausschuss sieht es daher als erwiesen an, dass die damalige Entscheidung nicht haltbar ist und der Antragsteller ist daher als ehem. politisch Verfolgter anzuerkennen.

Vorsitzender.

stellv. Beisitzer. Beisitzer.

Kreisarchiv Stormarn B2



P r o t o k o l l

der 91. Sitzung des Kreissonderhailfsausschusses Stormarn
am 29. Februar 1952.

Es waren anwesend;

a) Herr Siege	Vorsitzener,
b) Herr Rughase,	stellv. Beisitzer,
c) Herr von Schöning,	Beisitzer,
d) Herr Dabelstein,	Geschäftsführer.

Vorlage: Mündlich gestellter Antrag des Ernst S t a p e l - f e l d t aus Eichede auf Anerkennung als OdN.

Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss beschliesst einstimmig, den Antragsteller unter Aufhebung des Bescheides vom 11. Oktober 1946, als politisch Verfolgten anzuerkennen.

Aufgrund der heutigen persönlichen Vernehmung des Antragstellers hat der Kreissonderhilfsausschuss den Eindruck, dass der Antragsteller tatsächlich aus politischen Gründen verfolgt wurde und ihm aus diesem Grunde das Gewerbe entzogen wurde. Der Antragsteller gehörte früher nach seinen eigenen glaubwürdigen Angaben dem Stahlhelm an und trat später bei der Auflösung der NSDAP. nicht bei. Er wurde aus diesem Grunde schikaniert und hat sein Gewerbe hierdurch ~~xx~~ verloren.

Der Kreissonderhilfsausschuss sieht es daher als erwiesen an, dass die damalige Entscheidung nicht haltbar ist und der Antragsteller ist daher als ehem. politisch Verfolgter anzuerkennen.

Vorsitzender.

stellv. Beisitzer. Beisitzer.

44

29. Februar 1952.

Sonderhilfsausschuss

4-1/5 Stapelfeldt-D./-

1. Arbeitsamt, Bad Oldesloe
2. Kreiswohnungsamt, hier
3. Amt für Soforthilfe, hier
4. Amtsverwaltung in Mollhagen

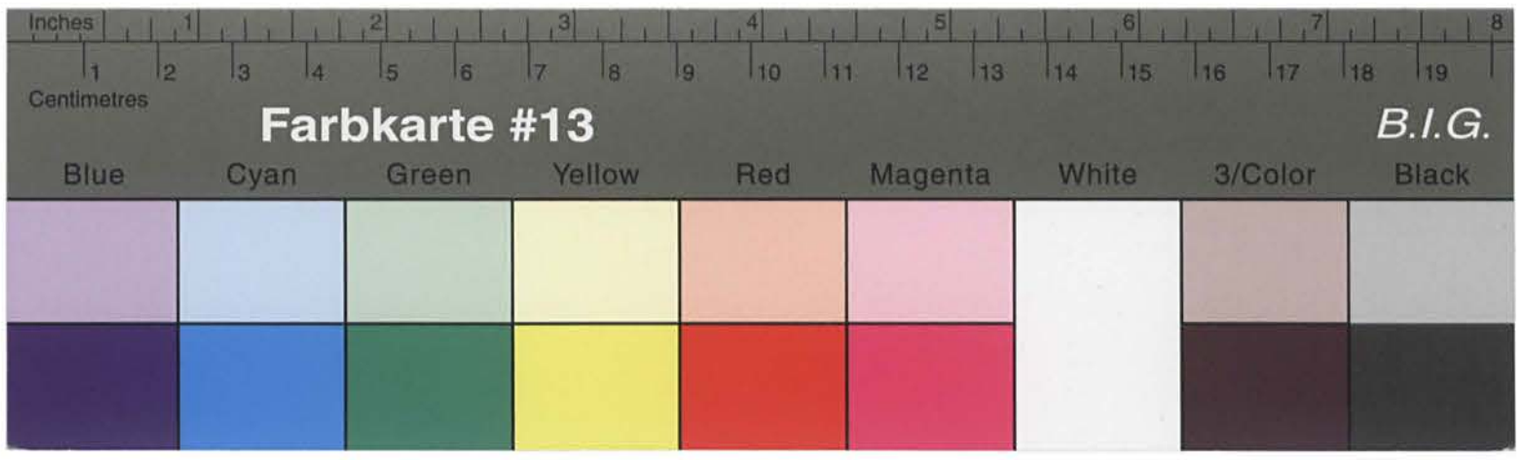
n 7/3. [signature]

Ich teile mit, dass der in Eichede wohnhafte Viehkaufmann Ernst S t a p e l f e l d t aufgrund seines Antrages in der Sitzung des Kreissonderhilfsausschusses vom heutigen Tage als ehem. politisch Verfolgter anerkannt wurde.

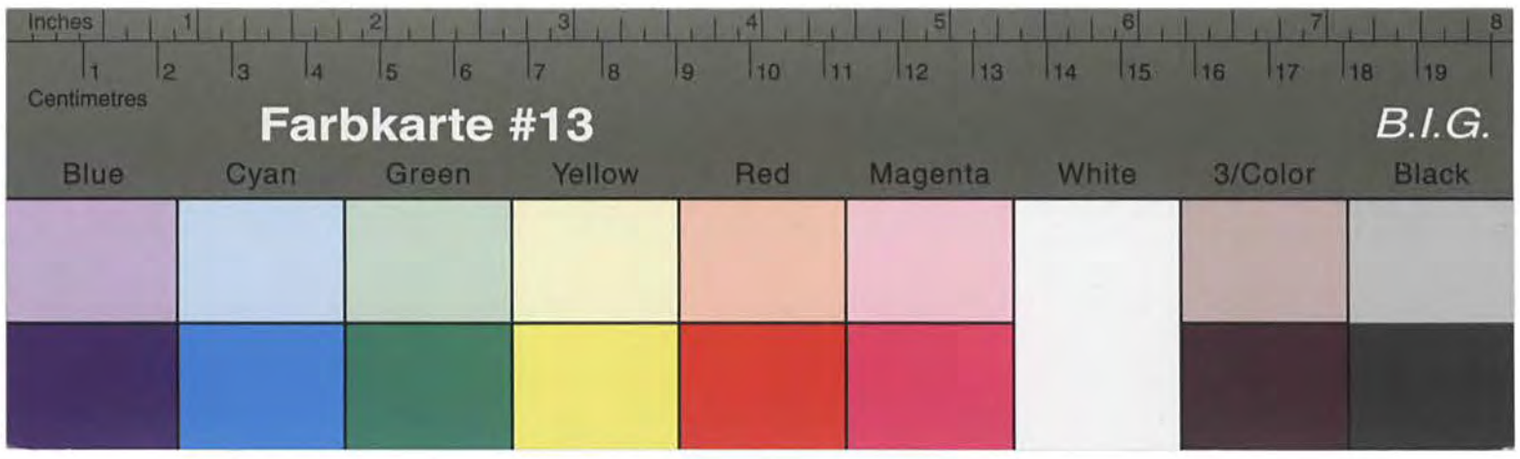
Ich bitte um Kenntnisnahme und Beachtung.

Im Auftrage des Landrates:

[signature]



Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2

42

Bd. Nr. 10

29. Februar 1952.

Sonderhilfsausschuss

4-1/9 Stapelfeld -D./-

Herrn
Ernst S t a p e l f e l d t ,

Klonde e.

In Ihrer Wirtschaftssache nehme ich Bezug auf den von Ihnen gestellten Antrag auf Anerkennung als ehem. politisch Verfolgten und übersende Ihnen anliegend eine Abschrift des Beschlusses des Kreissonderhilfsausschusses vom heutigen Tage zur Kenntnisnahme.

Im Auftrage des Landrates:

In der Steuersache Ernst S t a p e l f e l d in Bichede , geb. 31.3.1885, teile ich unter Bezugnahme auf die heutige tel. Rücksprache mit, dass Stapelfeld von dem Kreissonderhilfsausschuss Stormarn in der Sitzung vom 29. Februar 1952 als ehem. polit. Verfolgter anerkannt wurde.

Im Auftrage des Landrates:

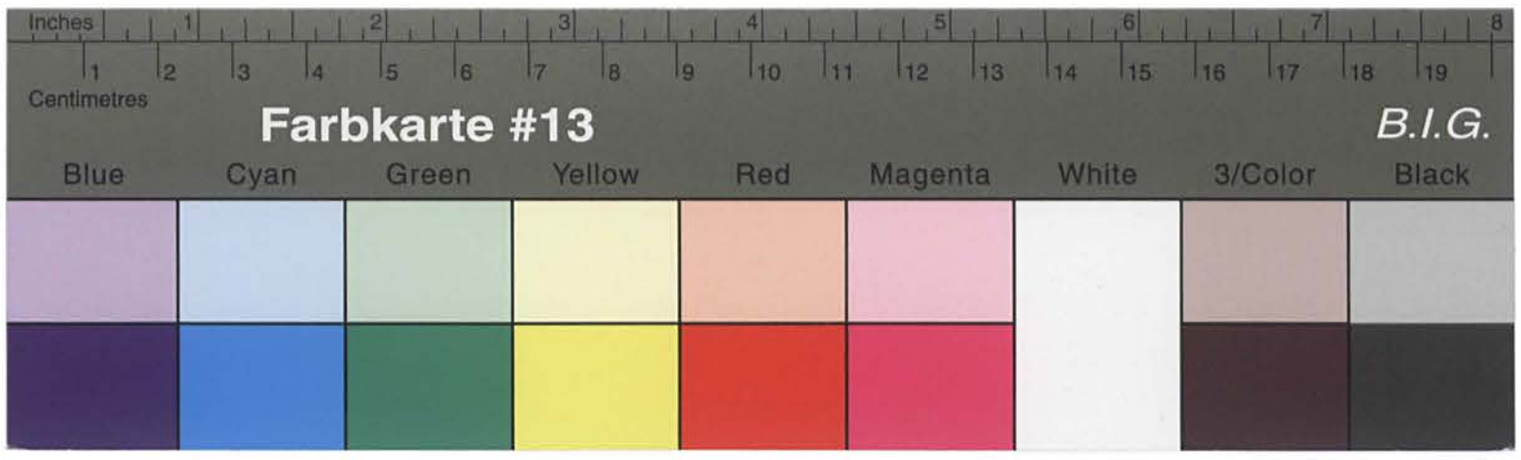
8. April 1952.

Sonderhilfsausschuss
4-1/9 Stapelfeld-D./-

An das
Finanzamt Stormarn
Bezirk Lo -

Bad Oldesloe.

46



Kreisarchiv Stormarn B2

8. April 1952.

Sonderbilfsausschuss
4-1/9 Stapelfeld-D./-

An das
Finanzamt Stormarn
Bezirk Io -

Bad Oldesloe.

Im der Steuersangelegenheit des Viehkaufmannes
Ernst S t a p e l f e l d t in Bichede , geb. 31.3.1885, teile ich
unter Bezugnahme auf die heutige tel. Rücksprache mit, dass Stapel-
feld von dem Kreissonderhilfsausschusses Stormarn in der Sitzung vom
29. Februar 1952 als ehem. polit. Verfolgter anerkannt wurde.

Im Auftrage des Landrates:

Ernst S t a p e l f e l d t aus Bichede Gebe ich anliegend
den Antrag vom 15.9.1952 zurück mit dem Bemerken, dass seitens
des Kreissonderhilfsausschusses keine Möglichkeit zur Gewährung
eines Darlehens besteht.

Ich bitte daher um Prüfung, ob dem dort Gestellten
Antrage auf Gewährung einer Existenzaufbauhilfe entsprochen
werden kann.

Wiedergutmachungsleistungen, insbesondere Haftent-
schädigung, werden nicht bearbeitet.

Im Auftrage des Landrates:

In der Darlehenssache des ehem. polit. Verfolgten
Ernst S t a p e l f e l d t aus Bichede Gebe ich anliegend
den Antrag vom 15.9.1952 zurück mit dem Bemerken, dass seitens
des Kreissonderhilfsausschusses keine Möglichkeit zur Gewährung
eines Darlehens besteht.

Ich bitte daher um Prüfung, ob dem dort Gestellten
Antrage auf Gewährung einer Existenzaufbauhilfe entsprochen
werden kann.

Wiedergutmachungsleistungen, insbesondere Haftent-
schädigung, werden nicht bearbeitet.

Im Auftrage des Landrates:

h i e r .

Sonderhilfsausschuss
4-1/9 Stapelfeldt-D./-

An das
Ausgleichsamt
-4-4/5 -

23. Sept. 1952.

48

Amt Mollhagen
Kreis Stormarn

Abtlg. Fürsorge

Bank-Konto: Kreissparkasse Stormarn
Hauptzweigstelle Trittau Konto-Nr. 26807
Postscheck-Konto: Hamburg Nr. 12556

Mollhagen, den 29. April 1953.
über Trittau, Bez. Hamburg :-: Telefon Mollhagen 176

Kreisausschuß des Kreises Stormarn
30. APR. 1953
Anl./Tgb.-Nr. 15.5

An

die Verwaltung des Kreises Stormarn
Sozial-und Jugendamt

Bad Oldesloe

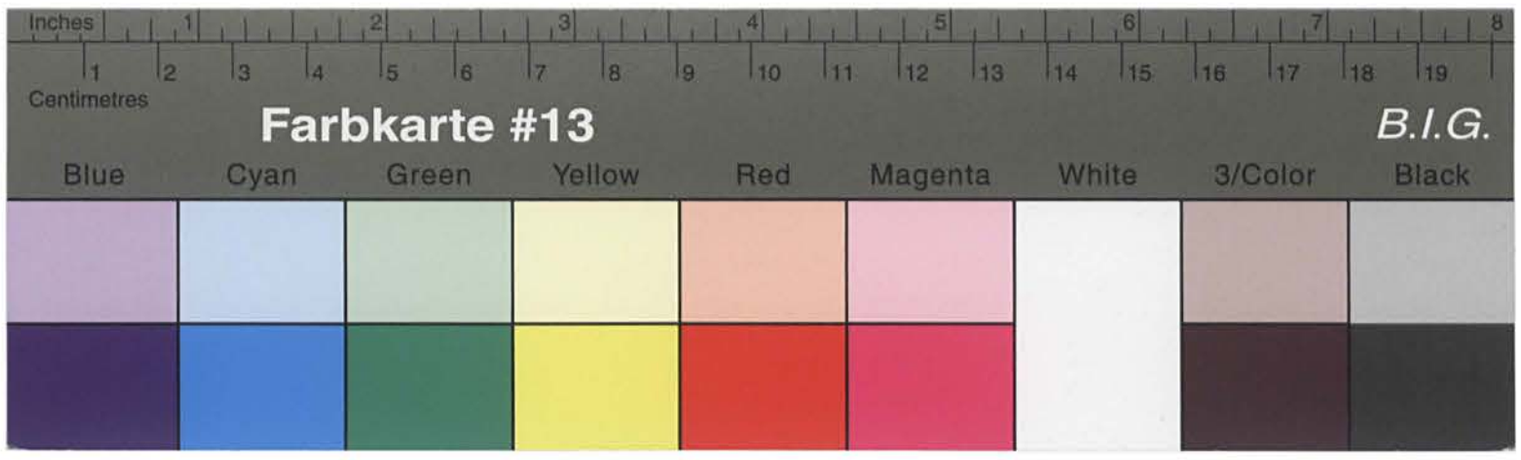
Betr.:Unterstützungssache Ernst Stapelfeldt-Eichede,
geboren am 31.3.1885.

Auf Vorschlag des Herrn Bürgermeisters Eichede,erhält Stapelfeldt seit längerer Zeit eine Fürsorgeunterstützung gezahlt,weil er angeblich über keine Einnahmen mehr ver= fügt.Wie die Feststellungen jedoch ergeben haben,hat der Genannte bisher sein Gewerbe als Viehhändler nicht abgemeldet und will dieses auch nicht tun.(s.Blatt 3 der anl.Akte) Da eine Kontrolle über seine Einnahmen nicht möglich ist wird um Entscheidung gebeten,ob Bedenken gegen die Weiterzahlung der Unterstützung in der bisheri= gen Höhe(s.Blatt 6 der Akte) bestehen.

Der

47

Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2

Der Unterstützungsempfänger gehört zur Unterstützungs= gruppe Sonstige Hilfsbedürftige und hat s.Zt.einen Antrag auf Gewährung eines Aufbaudarlehns als politisch Geschädigter gestellt,über den jedoch noch nicht entschieden ist.

In der Unterstützungsangelegenheit Ernst S t a p e l f e l d t in Bicheede gebe ich anliegend die Vorgänge unter Bezugnahme auf den Antrag vom 29.4.53 zurück mit dem Bemerken, dass Fürsorgeunterstützung an St. nur dann gezahlt werden kann, wenn er sein Gewerbe abmeldet. Die Abmeldung des Gewerbes muss gefordert werden, weil das Einkommen des Antragstellers aus dem Gewerbe nicht nachweisbar ist.

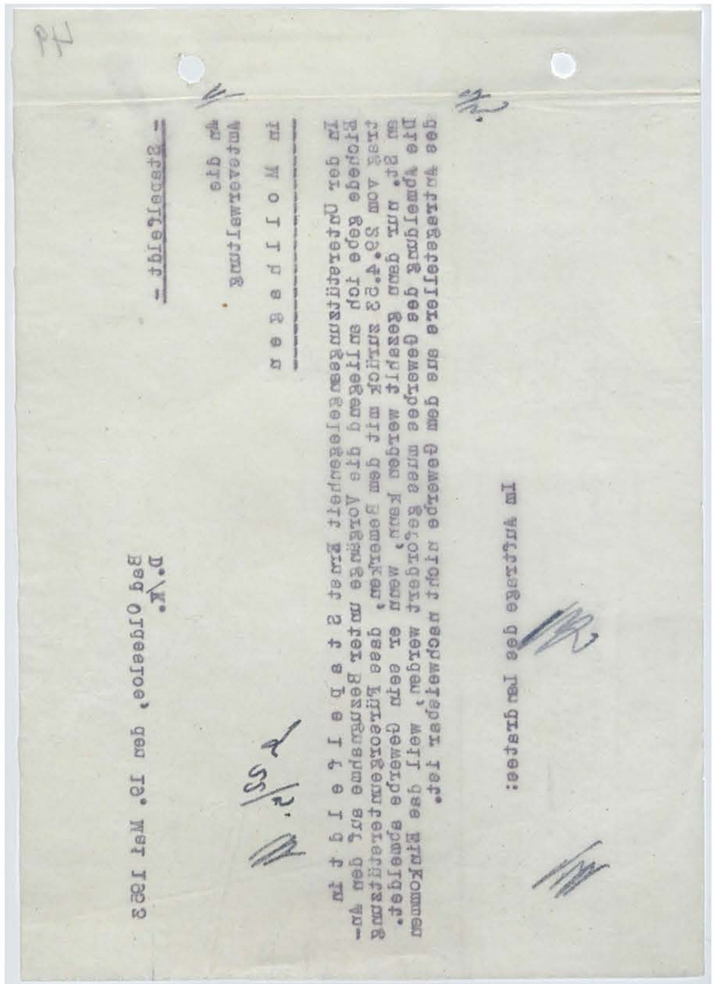
Im Auftrage des Landrates:

= Stapelfeldt =

Bad Oldesloe, den 19. Mai 1953
D./K.

An die
Amtsverwaltung
in M o l l h a g e n

Kreisarchiv Stormarn B2



50

Kreis Stormarn
Der Landrat
-Kreisentschädigungsamt -
4-1/9

Bad Oldesloe, den 31. Dezember 1953

Herrn/Frau/Fräulein

. . . . . .

in

Herrn
Ernst Stapelfeldt
Eichede

Von dem Herrn Innenminister des Landes Schleswig - Holstein habe ich inzwischen die Antragsformulare auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung erhalten.

In der Anlage übersende ich Ihnen daher eine Anleitung zur Ausfüllung des Entschädigungsantrages und zwei Antragsvordrucke mit der Bitte, bei der Ausfüllung der Fragebogen die Anleitung genauestens zu beachten.

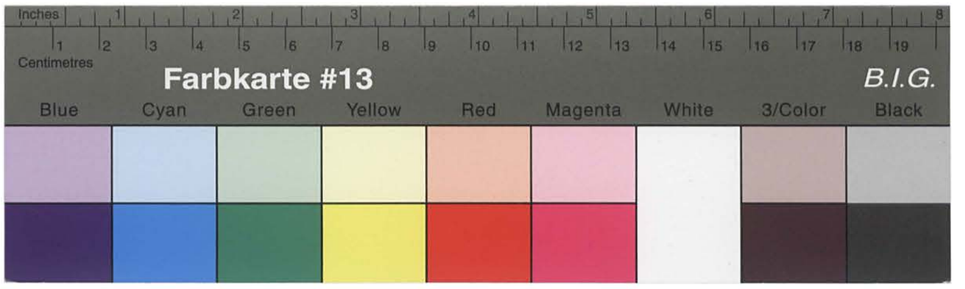
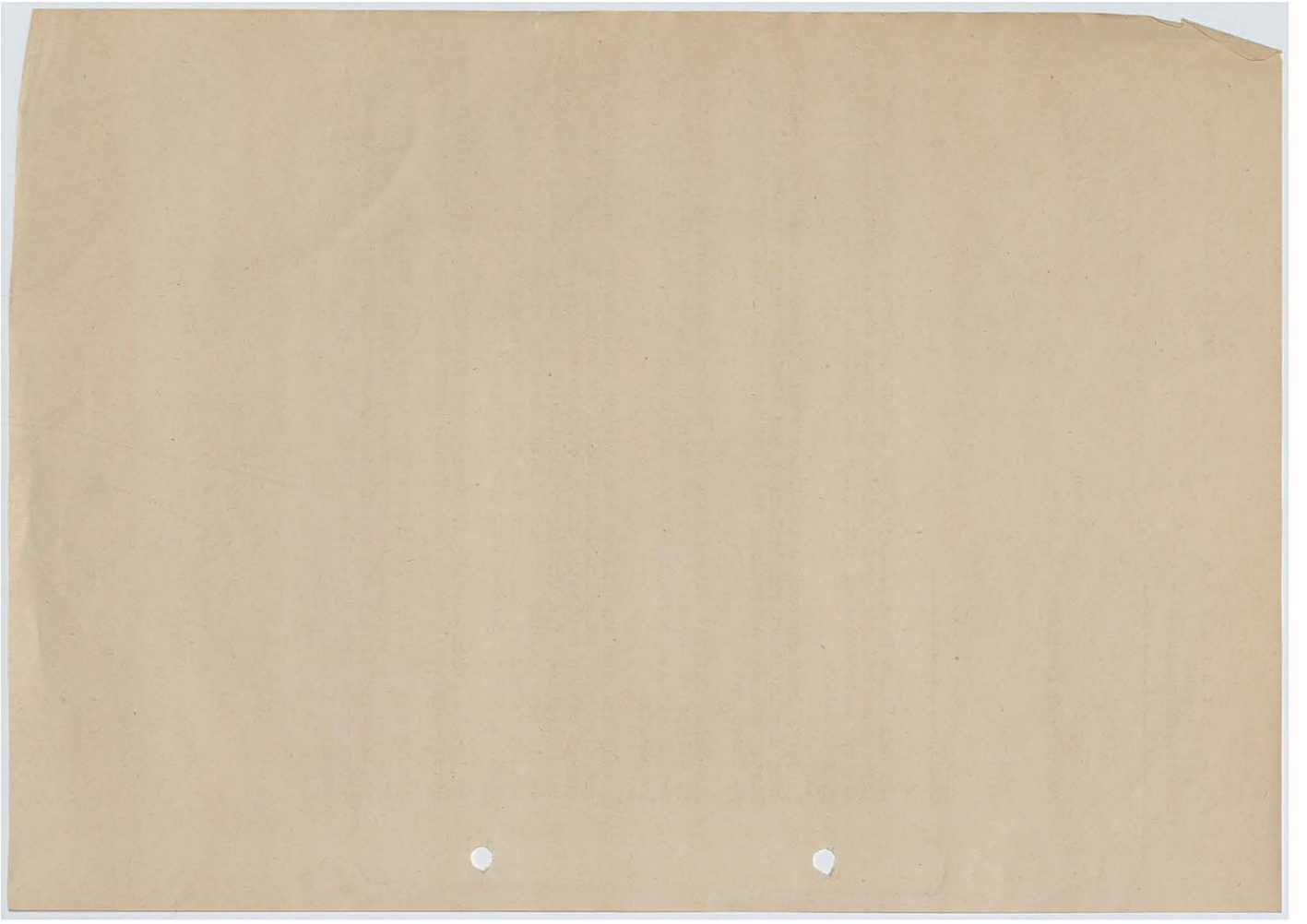
Die Frist für die Einreichung der Entschädigungsanträge läuft am 30.9.1954 ab. Soweit Sie noch nicht im Besitz der erforderlichen Beweisunterlagen sind, haben Sie daher noch genügend Zeit, diese zu beschaffen.

Soweit bei der Ausfüllung der Anträge Unklarheiten auftreten, bitte ich Sie, sich an meine Dienststelle zu wenden. Bei persönlichen Besuchen wollen Sie bitte die Sprechtage montags, mittwochs und freitags beachten. Von unnötigen Rückfragen bitte ich Abstand zu nehmen, da die Bearbeitung der anfallenden Anträge erhebliche Zeit und Mehrarbeit erfordert und durch die nicht unbedingt erforderlichen Besuche usw. die Bearbeitung nur verzögert wird.

Es ist in Ihrem eigenen Interesse von Wichtigkeit, dass alle Fragen so erschöpfend beantwortet werden, dass Rückfragen vermieden werden.

Sobald Sie die erforderlichen Unterlagen in Händen haben, bitte ich Sie, mir die beiden Antragsformulare ausgefüllt wieder einzureichen. Sollten Sie jedoch auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes Anträge nicht mehr zu stellen haben, bitte ich um Rückgabe der Fragebogen.

Im Auftrage:



Kreisarchiv Stormarn B2